A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Abend-Ausgabe

Preis für Berlin 20 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg. | Freitag, 14. Januar 1921 | Nr. 22

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. — Die Zeitung täglich eine Unterhaltungsbeilage; ferner in der Sonntags-Nummer eine illustrierte Beilage mit Mühern aus der Zeitgeschichte und in der Mittwochs-Nummer abwechselnd eine Modenbeilage in Buntdruck und eine Kunstbeilage. Außerdem erscheinen in täglich wechselnder Folge die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Die Welt der Frau", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern".

Bezugspreis vierteljährlich Mk. 36.—. Bestellung bei allen Postanstalten. Täglich einmalige Zustellung unter Streifband innerhalb Deutschland vierteljährlich Mk. 60.—; ins Ausland Mk. 100.—. Einzelnummer der Morgenausgabe 30 Pfg., für die Abendausgabe 20 Pfg. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1.50, für die 67 mm breite Reklamezeile Mk. 5.—. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin SW 68, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher: Geschäftsstelle Amt Jäger 9960—84. Schriftleitung: Amt Jäger 4283—88.

Das neue Strafgesetzbuch

Auf Anordnung des Reichsjustizministeriums wird nunmehr der von uns bereits angekündigte Entwurf eines Strafgesetzbuches veröffentlicht. Das bedeutungsvolle Reformwerk hat bereits eine lange Leidensgeschichte von fast 20 Jahren hinter sich. Das geltende Strafgesetzbuch stammt noch aus der Zeit des Nordeutschen Bundes. Es ist bei der Uebernahme durch das Reich und dann noch einmal im Jahre 1876 verändert, seitdem aber nur durch Gesetzgebungsakte ergänzt worden. Schon im Jahre 1902 leitete der damalige Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Nieberding, eine Neugestaltung des Strafrechts für die Tage. Mit echt deutscher Gründlichkeit wurde in Verbindung mit dem Verleger der „Deutschen Juristenzeitung", Dr. Otto Liebmann, eine „Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts" geschaffen, an der fast alle deutschen Strafrechtslehrer mitgearbeitet haben. Gleichzeitig mit dem Abschluß dieses großen Werkes wurde 1909 ein „Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch" veröffentlicht. Er löste zahlreiche kritische Bemerkungen aus; es wurde sogar von den Professoren Kahl, v. Liliencthal, v. Liszt und Goldschmidt ein vollständiger Gegenentwurf ausgearbeitet. Dann wurde 1911 eine „große Kommission" berufen, die mehr als zwei Jahre beraten hat, und der die Größen der strafrechtlichen Theorie und Praxis angehört haben; u. a. die Professoren v. Brunn (München), v. Lippel (Göttingen), Kahl (Berlin), Präsident Cormann (Stettin), die Senatspräsidenten Ebermayer und v. Tischendorf, Reichsgerichtsrat v. Feilitsch, der bekannte leider zu früh verstorbene Berliner Verteidiger Geheimrat Leonhard Friedmann. Den Vorsitz der Kommission führte zunächst Exzellenz Lucas vom preußischen Justizministerium, nach dessen Ausscheiden Professor Dr. Kahl. Als ständige Kommissare waren tätig Staatssekretär Joel, die Ministerialdirektoren Dr. Bumke, v. Simson, Dr. Henrici, die Ministerialräte Zweigert und Dr. Zingen, als Schriftführer fungierten die jetzigen Ministerialräte Dr. Trendelenburg, Dr. Brecht, Dr. Kiesow und Dr. Schäfer.

Zu einer Gesetzgebungsvorlage ist dieser sog. „Entwurf der Strafrechtskommission von 1919" nicht gedrehen. Eine neue Kommission wurde 1918 berufen. Dieser Tätigkeit entstammt der nunmehr veröffentlichte „Entwurf von 1919", dessen Verfasser die oben bezeichneten Mitglieder der „großen Kommission" Joel, Ebermayer, Cormann, Bumke, Schäfer und Kiesow sind. Das Verständnis dieses Entwurfs wird durch eine umfangreiche Denkschrift übermittelt, die von den Mitgliedern des Reichsjustizministeriums ausgearbeitet ist, welche an der Aufstellung des Entwurfs beteiligt waren. Die Einleitung zu diesem außerordentlich wertvollen wissenschaftlichen Werk hebt hervor, daß in den 50 Jahren seit Schaffung des Bundesstrafgesetzbuchs zunächst die gesamten Lebensverhältnisse, deren Ordnung das Strafgesetz dient, sich von Grund auf verschoben haben. Der Bruch mit der Vergangenheit nach dem verlorenen Kriege hat ferner bewirkt, daß wichtige Teile des St.G.B. selbst ihrer äußeren Form nach auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr passen (s. B. die Majestätsbeleidigung). Vor allem aber sind die gesamten Grundlagen der Behandlung der Personen, die sich gegen die Strafgesetze vergehen, gänzlich verschoben. Dem Gedanken der gerechten Vergeltung, der das heutige St.G.B. beherrscht, tritt der Zweckgedanke gegenüber: die Auffassung, daß es sich bei der Strafe um eine soziale Abwehr handle, und daß die Strafe, um diese Aufgabe zu erfüllen, nicht weiter als bisher sich in Art und Maß der Eigenart des Verbrechers anpassen müsse.

Der Entwurf der großen Strafrechtskommission wurde seinerzeit nicht veröffentlicht. Man wollte ihre Beschlüsse erst einer erläuterten Denkschrift der Kritik der Fachkreise unterbreiten. Der ausbrechende Krieg führte einen Stillstand in den Arbeiten herbei und das vier Jahre unter Reichsverwaltung wurde erst jetzt in einem gewissen Abschlusse gefühlt. Die Grundlinien der Reform, die in Beschlüssen der Strafrechtskommission niedergelegt sind, sind auch in dem neuen Entwurf im wesentlichen aufrechterhalten. Die der Denkschrift beigefügte Uebersicht zeigt, daß trotz der grundsätzlichen Uebereinstimmung zwischen dem Entwurf von 1913 und dem von 1919 zahlreiche Abweichungen bestehen. Das ist verständlich, denn Rechtslehre und Rechtsprechung haben nach wahrem Kriege nicht stillgestanden und auch die Reformpläne in anderen Staaten, insbesondere in der Schweiz und Osterreich, mußten Berücksichtigung finden.

Der Entwurf besteht gleich dem geltenden Strafgesetzbuch aus zwei Abteilungen, die jetzt Bücher genannt werden; aber das Unterscheidungsmerkmal ist ein anderes. Im geltenden St.G.B. handelt der erste (allgemeine) Teil von der Verfassung im allgemeinen, der zweite (besondere) Teil von den einzelnen Straftaten und deren Bestrafung; zwischen den drei Arten von Gesetzesverletzungen: den Verbrechen, Vergehen und Übertretungen ist ein Unterschied gemacht. Dagegen sind die beiden Bücher des Entwurfs so gestaltet, daß das erste die Vorschriften für die Verbrechen und Vergehen enthält, während das zweite sich mit den Uebertretungen beschäftigt. In dieser Scheidung kommt der Wille zum Ausdruck, zwischen kriminellem und polizeilichem Unrecht einen Vergleich nicht zu machen. Die Diese Sonderung von Verbrechen und Vergehen einerseits und Uebertreten andererseits ist vielleicht nur ein Entwicklungsabschnitt mit der Tendenz, die Uebertretungsdelikte einem besonderen Polizeistrafgesetzbuch zu überweisen.

Die von manchen vertretene Forderung, daß der Richter in der Zeitstellung der Verhaftung der freiheitsentziehenden Haftes zu stellen sei, und im wesentlichen zu urteilen habe, ob ein Verhalten strafwürdig erscheine, wird vom Entwurf abgelehnt. Dieser sucht nicht nur die einzelnen Tatbestände scharf abzugrenzen, sondern er umschreibt auch die allgemeinen Voraussetzungen der Strafbarkeit mehr als das geltende Recht durch feste Regeln. Dagegen wird der Richter in der Frage, was gegenüber dem Rechtsbrecher geschehen soll, also in Strafart und Strafmaß, erheblich freier gestellt als durch das geltende Recht. Insbesondere ist die Strafrahmen bei den einzelnen Vorschriften des besonderen Teils verhältnismäßig weit gespannt. Zugleich ist eine Reihe von Vorschriften vorgesehen, die es dem Gericht ermöglichen, unter besonderen Voraussetzungen die Normalfolgen zu ermildern (z. B. bei Irrtum, verminderter Zurechnungsfähigkeit, mildernden Umständen) oder sogar zu Erlassen (in besonders leichten Fällen). Die Verbrechen aber auch zu schärfen (z. B. in besonders schweren Fällen, bei Rückfall, Gewerbs- und Gewohnheitsmäßigkeit, Beamtenverletzungen). Auch gegen Erwachsene soll auf Verweis erlaubt zuweilen können. Die Geldstrafe ist in weitem Umfange zulässig und soll tunlichst angewendet werden, auch wo wahlweise Freiheitsstrafe angedroht ist. Daß dem Gesetzt die bedingte Verurteilung ermöglicht ist, liegt in der Richtung der in der letzten Zeit getroffenen Anordnungen.

Besondere neue Strafarten sind nicht eingeführt, wohl aber Mittel, um auf eine Besserung des Rechtsbrechers hinzuwirken, und die Gesellschaft vor Gefahren zu schützen (Ueberweisung nicht voll Zurechnungsfähiger an eine Heilanstalt, Trunksüchtiger an ähnliche Institute, Sicherungsverwahrung gegen gewohnheitsmäßige Verbrecher). Die untere Grenze der Strafmündigkeit wird auf 14 Jahre herausgesetzt; bis zum 18. Jahre kann das Gericht statt einer Strafe stets auch Erziehungsmaßregeln anordnen.

Der Entwurf wird die Juristenwelt in hohem Maße interessieren und in Bewegung setzen; er bedarf sicher Kritik aber auch aus den Kreisen der Aerzte, der Politiker, der Jugendrichter. Sie alle müssen mitarbeiten, wenn ein wirklich neuzeitliches Strafgesetzbuch als Ergebnis der jahrzehntelangen Vorarbeiten erstehen soll. **E. H.**

Die dreiteilige Ernährungsuntersuchung Reiche von 84 „für Nordeutschland von Guttenstag, für Süddeutschland von Schweiger zu bezieht; die Verlage zeichnen sich alle großen juristischen Verlagsbuchhandlungen.)

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung in Frankreich.

Eigene Drahtmeldung.

A. Genf, 14. Januar.

Alle aus Paris einlaufenden Meldungen geben die vollkommene Verwirrung wieder, in der sich die politische Lage Frankreichs gegenwärtig befindet. Es wird immer deutlicher, daß die Schwierigkeiten der Krise vor allem in dem reaktionären Charakter der Kammer zu suchen sind, die in ihrem nationalistischen Dünkel auf dem Gebiete der auswärtigen Politik für Frankreich Forderungen erhebt, für welche keine der führenden Persönlichkeiten die Verantwortung übernehmen will. Besonders bezeichnend ist es, daß selbst Briand, der sich auf dem Genfer Kongreß noch zur Genüge als Nationalist gezeigt hat, unter Hinweis auf diese Bedenken den Auftrag der Kabinettsbildung abgelehnt haben soll.

Auch die Führer der Linken weigern sich, mit dieser reaktionären Kammer zu regieren, und den Parteigruppen der Rechten fehlt es an Persönlichkeiten, die Autorität und Erfahrung genug besitzen, um die Ministerschaft übernehmen zu können. Nimmt man hinzu, daß selbst von rechtsstehenden Franzosen zugegeben wird, daß die gegenwärtige Kammer nicht als ein Spiegelbild des Volkswillens gelten kann, so würde sich als einziges Mittel für eine wirksame Gesundung der inneren politischen Lage Frankreichs die Auflösung der Kammer ergeben. Doch kann wenigstens vorläufig von einer solchen Regelung nicht die Rede sein. Eine zweite Schwierigkeit, auf die wir bereits hingewiesen haben, liegt in der besonderen Stellung, die Millerand als Präsident der Republik für sich in Anspruch nimmt. Durch sie wird besonders eine Kabinettsbildung Poincarés unmöglich, denn Poincaré hat in der letzten Zeit in seiner publizistischen Tätigkeit sich häufig gegen die Erweiterung der Machtbefugnisse des Präsidenten ausgesprochen.

Obwohl fast alle Mehrheitsparteien sich bereit erklärt haben, ein Kabinett Peret zu unterstützen, scheint dieser mit der Annahme der Kabinettsbildung zu zögern, indem er sich für nicht genügend vorbereitet erklärt.

Briand hat bereits zugesagt, an der neuen Regierung teilnehmen. Er erklärte, seine Aktivität an die Spitze der Regierung sei jedoch vorläufig unmöglich.

E. P. Paris, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Liberté" schreibt, es würde kein Aufschub der neuen Ministerkonferenz nötig sein, da die Bildung des Ministeriums schon vorher erfolgen würde. Am Samstag könne das neue Kabinett schon gebildet sein, und am Dienstag könnten die Verhandlungen mit den Alliierten beginnen.

Deutschland soll zahlen.

Paris, 14. Januar. (W. T. B.) Nach seiner Wahl zum Senatspräsidenten hielt Leon Bourgeois eine Rede, in der er auf die schwierige finanzielle Lage Frankreichs hinwies. Von dem Budget von 44 Milliarden seien nur etwa 20 Milliarden aus normalen Einnahmequellen gedeckt. Für 16½ Milliarden rechne man auf die Leistungen Deutschlands, aber bisher seien nur unbedeutende Summen gezahlt worden. Bis zur Stunde sei noch nicht einmal die Reparationssumme festgelegt. Man lebe von der Hand in den Mund. Dieser Zustand könne nicht andauern. Kleine Mittel könnten nicht helfen. Die Ausgaben müßten so weit eingeschränkt werden, wie es das Leben des Staates, die äußere Sicherheit und die Erfüllung der Verträge zulassen. Frankreich dürfe nicht zögern, wenn seine Sicherheit es erfordert. Es müsse die dritte Durchführung des Vertrages und die bei den verwüsteten Gebieten zu gewährende Reparation verlangen. Frankreich gewisse nicht an seinen Verbündeten. Aber man müsse es verstehen, ihnen deutlich auseinanderzusetzen, was Frankreich wolle, und was es nicht wolle. Die Unterschiede gingen in verschiedenen Punkten auseinander, und diese Punkte müßten offen besprochen werden.

Tages-Spiegel.

Die preußische Landesversammlung erwies sich auch heute wiederholt beschlußunfähig, so daß bis 12 Uhr schon die dritte Sitzung angesetzt werden mußte.

Die Mecklenburgische Landtagsmehrheit beschloß die Wiederwahl des bisherigen Ministeriums Reinke-Bloch.

Der Zustand der Kaiserin hat sich wesentlich verschlimmert.

Frankreich schaffte infolge Kohlenüberflusses die Rationierung der Kohle ab.

England wünscht keine Vertagung der Pariser Konferenz.

Frankreichs Kohlenüberfluß.

Eine weitere Bestätigung für die gute Kohlenlage in Frankreich gibt folgende Drahtmeldung:

Paris, 14. Januar. (W. T. B.) Von heute ab sind in Frankreich die Kohlenkarten abgeschafft. Damit hat die Rationierung der Kohlen ihr Ende gefunden.

Paris, 14. Januar. Havas meldet: Die deutschen Kohlenlieferungen im Dezember auf Grund des Spaaprotokolls belieferten sich auf 1 695 590 Tonnen. Davon erhielten Frankreich 1 220 136, Italien 172 592, Belgien 266 685 und Luxemburg 35.866 Tonnen. Die Dezemberlieferungen umfaßten 985 364 Tonnen Kohle, 463 969 Tonnen Koks und 131 291 Tonnen Briketts. Das nähere Programm für die kommenden Februarlieferungen werde am 10. Januar der Kriegslastenkommission auf deren Ankündigung vom 27. Dezember vorigen Jahres übermittelt. Das Programm sieht für Februar und März je 2 200 000 Tonnen Kohlenlieferungen vor, für die weder die Reparationsgutschrift vom 5. Goldmark an Deutschland gelten soll, noch die Vorschüsse, die nach dem Spaaprotokoll vom August 1920 bis Januar 1921 zu zahlen waren.

Zum Ausgleich des Lieferungsdefizits gegenüber den Vorschriften des Spaaprotokolls sind Deutschland sich verpflichten, Ergänzungslieferungen mit Vorzug in Höhe von monatlich 250 000 Tonnen auszuführen. Das genaue Defizit soll sich erst Ende Februar feststellen. Die Kriegslastenkommission bestätigte den Empfang des Schreibens vom 27. Dezember, betonte aber, daß die deutsche Regierung bis nicht als ein Uebereinkommen ansehe, sondern als eine von der Wiederherstellungskommission auf Grund des Friedensvertrages gestellte Forderung. Die deutsche Regierung wolle unter diesen Umständen ihr bestes tun, um das neue Programm auszuführen, behalte sich aber vor, der Kommission in einem Bericht die Folgen wirtschaftlicher Art vor Augen zu führen, die sich aus den in Spaa festgesetzten Lieferungsverpflichtungen ergeben.

Freigabe der englischen Kohlenausfuhr.

—1. Frankfurt, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der „Frankf. Ztg." aus London gemeldet wird, hat die verstärkte Forderung des englischen Kohlenbergbaues seit dem beigelegten Streik und andererseits die Einschränkung des britischen Verbrauchs infolge der wirtschaftlichen Depression zu einer Anhäufung der englischen Kohlenvorräte geführt. Die Regierung hat deshalb den Bergwerken die bisher beschränkte Ausfuhr ganz freigegeben. Zugleich sind für die Schiffahrt sämtliche Beschränkungen über die Versorgung mit Bunkerkohle weggefallen.

Munitionsexplosion in Berlin.

Eine Anzahl Arbeiter verletzt. — Sämtliche Fensterscheiben zertrümmert.

Heute vormittag zwischen 11 und 11½ Uhr ereignete sich in dem der Reichsdruckerei gehörenden Hause, Alte Jakobstraße 105, in der Fabrik für Zughunsten und Zughunnition von Brünnlich & Sperling mehrere Explosionen, durch die eine Anzahl Arbeiter leicht verletzt wurden. Das Mauerwerk in den Räumlichkeiten der Munitionswerkstätte ist stark beschädigt. Die vorhandenen Vorräte an Munition, sowie anderes Material sind vollständig zerstrümmt. Gegen 1 Uhr mittags stürzte der größte Teil der Feuerwehr wieder ab, nachdem es gelungen war, des Feuers Herr zu werden.

Die Mailänder Völkerbundstagung.

Ohne Frankreich.

Ueber die Verhandlungen der Mailänder Völkerbundskonferenz teilt die Deutsche Liga für Völkerbund folgende Drahtung erhalten: „Die von der Italienischen Liga für Völkerbund einberufene Konferenz ist unter dem Vorsitz des Senators Ruffini und früheren Ministers Ruffini und unter Beteiligung zahlreicher Parlamentarier aller Parteien eröffnet." Deutschland ist vertreten durch Professor Dr. Jäckh, Reichsminister a. D. Dr. Dernburg und Johannes Tiebje, Osterreich durch Botschafter a. D. Dumba und Professor Kunz, Ungarn durch den früheren Minister Milloss, Bulgarien durch Professor Kyroff.

Als französische Vertreter waren der Rektor der Sorbonne Anlard und Prof. Gobard angekommen, hatten aber infolge höflichen Einspruches des Präsidenten der französischen Liga Leon Bourgeois in letzter Stunde abgesagt. Angesichts dieser neuen Situation erklärte namens der deutschen Vertreter Prof. Jäckh, daß sie beschlossen hätten, an der Vorbereitung der Tagesordnung der bevorstehenden Pariser Sitzung der Völkerbundligen offiziell nicht teilzunehmen, sondern sich darauf beschränken, in offener Aussprache über deutsche Fragen zuverlässige Auskunft zu geben, um Gegenden zu gestatten und mit den anwesenden Vertretern der anderen Nationen freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen zur gemeinsamen Vorbereitung eines wirklichen universalen demokratischen Völkerbundes und Rechtsfriedens. Die Konferenz billigte diese Entscheidung. Dr. Dernburg sprach dann über wirtschaftliche Solidarität, Johannes Tiebje über Minderheitenrechte. Die italienische Presse widmet der Konferenz große Aufmerksamkeit.

Die deutsch-rumänischen Beziehungen.

Der neue rumänische Gesandte in Berlin, Rano, ist gestern hier eingetroffen; der deutsche Geschäftsträger in Bukarest, Gesandter Freytag, trifft am 21. Januar dort ein. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien steht demnach bevor.

Das Finanzproblem Frankreichs.

Eigene Drahtmeldung.

Basel, 14. Januar. Die republikanisch-unitarische Gruppe des französischen Senats beschäftigte sich gestern mit der politischen Lage und kam zu der einmütigen Auffassung, daß die Lösung des Finanzproblems in der inneren Politik an die erste Stelle zu setzen sei. Es sei unbedingt notwendig, daß die öffentlichen Ausgaben auf möglichst breiter Basis herabgesetzt werden. Die Regierung müsse mit gutem Beispiel vorangehen und alle die Ministerien, die nicht absolut notwendig sind, unterdrücken. Das gleiche müsse mit den überflüssigen Staatssekretariaten geschehen.

Die republikanisch-unionistische Gruppe gab der Meinung Ausdruck, daß als Richtlinie eine Politik der weitgehenden republikanischen Vereinigung und der nationalen Eintracht befolgt werden müsse, die mit größter Wachsamkeit auf die Verteidigung der öffentlichen Ordnung bedacht sein müsse. Das zu erreichen, sei die Hauptaufgabe der kommenden Regierung.

Kreditabtommen Frankreichs mit Argentinien.

Buenos Aires, 14. Januar. (E. C.) Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erörterte mit dem französischen Botschafter die Einzelheiten eines Abkommens, wonach Frankreich eine neue Frist für die Rückzahlung einer Schuld von 17 000 000 Frank und einer im Jahre 1918 eingegangenen Schuld von 100 000 000 Frank gewährt werden soll. Der Zinsfuß wurde auf 5% festgesetzt.

Türkische Kabinettskrise.

London, 14. Januar. (H. N.) Aus Konstantinopel kommen Gerüchte über eine Ministerkrise.

Verschlimmerung im Zustand der Kaiserin.

Amsterdam, 14. Januar. (E. C.) Der Zustand der ehemaligen deutschen Kaiserin hat sich wesentlich verschlechtert. Der Leibarzt Dr. Bahnor befürchtet ein nahes Ableben. Der Exkaiser weilt ständig am Bett der Kranken. Der Kronprinz traf gestern Abend aus Doorn ein.

Die Resolution der Finanzminister zur Besoldungsfrage.

Die Vertreter der Länder haben über das Ergebnis der Verhandlungen, die die Reichsregierung mit den Beamtenorganisationen über eine weitergehende Erhöhung der Teuerungszulagen geführt hat, beraten. Die Vertreter der Länder haben gegen die in diesen Verhandlungen getroffenen Vereinbarung, die für die Länder von schwerwiegenden Folgen begleitet ist, ernste Bedenken. Wenn sie gleichwohl bereit sind, ihr zuzustimmen, dann geschieht das unter folgenden Bedingungen:

1. Die durch die bisherige Bewilligung entstandene Mehrbelastung ist eine Übergangsregelung, die unter keinen Umständen hinausgegangen werden darf;

2. die Deckung der durch die Erhöhung der Teuerungszulagen vom Reich, den Ländern und den Gemeinden erwachsenden Ausgaben erfolgt durch den Ertrag neuer Steuern und sonstiger neuer Einnahmen. Diese Steuern und Einnahmen sind in demselben Gesetz festzulegen, durch das die Ausgaben bewilligt wird. Das zum Fließen der neuen Einnahmen sind die den Ländern und Gemeinden durch die Erhöhung der Teuerungszulagen erwachsenden Ausgaben durch das Reich zu erstatten.

Ausweisung Dr. Gotheins aus Oberschlesien.

Der Reichstagsabgeordnete und frühere Reichsminister Dr. Gothein ist, nachdem seine Beiträge von der interalliierten Kommission in Oppeln zweimal verboten worden waren, jetzt aus Oberschlesien ausgewiesen worden.

Versammlungsverbote in Ostpreußen.

Rt. Königsberg, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung) Durch eine Verordnung des Kommandeurs des Wehrkreises I werden zunächst für die Zeit vom 15. bis 20. Januar sämtliche öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, daß nach amtlichen Informationen kommunistische Demonstrationen zur Erinnerung an den Todestag Liebknechts und Rosa Luxemburgs geplant seien, die zur Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit führen könnten. Infolge dieser Verordnung mußte auch eine öffentliche Versammlung zur Erinnerung an die Reichsgründung vor 50 Jahren, die auf dem Schloßhof stattfinden sollte, ausfallen.

Die Kabinettsbildung in Mecklenburg.

Rostock, 13. Januar. (W. T. B.) Wie der „Rostocker Anzeiger" aus Schwerin meldet, hat in ihrer Besprechung am Mittwoch Abend die Fraktion der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Wirtschaftsbundes beschlossen, das bisherige Ministerium wiederzuwählen und somit ihre Stimme bei der Wahl des Ministerpräsidenten zum Freitag für Professor Dr. Reinke-Bloch abzugeben.

Handelsabkommen der Tschecho-Slowakei mit England.

Prag, 14. Januar. (T.U.) Minister Dr. Hotowetz ist gestern abend aus London in Prag eingetroffen. Ein Teil seiner Begleitung ist in London verblieben. Die Verhandlungen Dr. Hotowetz' bezogen sich auf den Ankauf von Mehl und auf den Abschluß eines Handelsvertrages. Die Beratungen über den Mehlkauf sind grundsätzlich erledigt, und es ist Dr. Hotowetz gelungen, einen mehrmonatigen Kredit für die Beschaffung einer größeren Menge Mehls zu erlangen. Im Vordergrunde steht die Regulierung der Frage der Vorkriegsforderungen und Schulden, die einen Teil des Handelsabkommens bilden wird. Der zweite Teil des Handelsvertrages wird sich mit Zollangelegenheiten, Regulierung der Ein- und Ausfuhr und den sonstigen üblichen Bestimmungen befassen. Bezüglich der Zuerkennung der Meistbegünstigungsklausel werden gleichfalls die Beratungen in ihren Einzelheiten fortgesetzt. Die Frage der Ein- und Ausfuhr dürfte ebenfalls einer günstigen Erledigung zugeführt werden, da der Import und Export in England in einigen Waren einer Beschränkung unterliegt.

Hierzu erfährt der Korrespondent der „Telegraphen-Union" weiter, daß es dem Minister Dr. Hotowetz gelungen ist, in England 10 300 Waggons Weizenmehl und 5000 Waggons Kunstmehl zu kaufen, die nach und nach in der Republik eintreffen werden.

Ablauf der Optionsfrist für Österreich.

Die Gesandtschaft der Republik Österreich gibt bekannt: Mit Rücksicht auf Ablauf des Termines für die Geltendmachung der Option für die Republik Österreich und mit Rücksicht auf den großen Andrang wird empfohlen, am Sonnabend als dem letzten Tag vor Ablauf der Optionsfrist mittels eines an die Gesandtschaft, Wolfstraße 3, gerichteten eingeschriebenen Briefes die Option geltend zu machen und etwa noch fehlende Dokumente nachträglich einzusenden.

England drängt auf Entscheidung.

Eigene Drahtmeldung.

London, 13. Januar.

„Times" sind der Ansicht, infolge des Kabinettswechsels werde sich die französische Politik in bezug auf die Fragen der Wiederherstellung und der deutschen Entwaffnung noch weniger nachgiebig zeigen als vorher. Die Zeitung hofft, daß dadurch kein Aufschub der Konferenz herbeigeführt werde. Das sei gefährlich, weil Deutschland beharrlich kein Spiel reelle, um Zeit zu gewinnen. Deutschland Friedschluß gegen die Entente sei unverändert, und täglich sei es bemüht, neue Intrigen bald gegen Frankreich, bald gegen England zu spinnen.

„Daily News" schreiben: „Wenn der Sturz des Kabinetts Briand bedeutet, daß Frankreich in der Entschädigungsfrage immer noch das Unmögliche zu erreichen sucht, so sind die Aussichten für die Zukunft düster."

London, 14. Januar. (H. N.) In offiziellen englischen Kreisen wird der Sturz des französischen Kabinetts in keiner Ausgenblick sehr bedauert, da Frankreichs Haltung von außerordentlicher Bedeutung bei der Entscheidung der Alliierten wäre. Man glaube aber nicht, daß ein Aufschub der Zusammenkunft des Obersten Rats unbedingt sein wird, wenigstens ist von der französischen Regierung bisher kein diesbezüglicher Vorschlag eingetroffen. Die Blätter bezeichnen die Wichtigkeit der Entscheidungen, die vom Obersten Rat getroffen werden müssen, da sie unmittelbar Bezug auf die alles beherrschende Frage des Wiederaufbaus haben würden. Sowohl Frankreich als auch England hätten das größte Interesse daran, daß man sobald wie möglich zu einem Zustand zurückkehre, der es ermöglicht, wieder eine geordnete Produktion und ein gesundes Finanzwesen zu erhalten. Man hoffe, daß das neue französische Kabinett im Namen ganz Frankreichs werde sprechen können, und daß man mit ihm zu praktischen Ergebnissen in den Besprechungen kommt.

Amerikanischer Protest in Japan.

Basel, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die amerikanische Regierung hat in Tokio wegen Erschießung eines amerikanischen Marineleutnants durch eine japanische Wache in Wladiwostok energisch Protest erhoben.

Die Verwaltung Westungarns.

Budapest, 14. Januar. (T. U.) Das christlich-soziale Organ „Az Nemzedek" schreibt: In der westungarischen Frage ist die Regierung zu einem wichtigen Entschluß gelangt, demzufolge der Regierungskommissar für Westungarn, Graf Anton Siegrecht, wieder in kurzer Zeit seine Tätigkeit aufnehmen soll. Es sei davon die Rede, daß Anton Lehar das Kommando des Kreises Westungarn übernimmt. Die Aufgabe der Tätigkeit des neuen Regierungskommissars hat auf die westungarischen Abgeordneten günstig gewirkt, da sie in diesem Entschluß eine schnelle Wendung in der westungarischen Frage notwendigen Maßnahmen erblicken. Die Ministerpräsidenten Graf Bethlen und Rakovszky bilden mit Prinz Sanderbeck, der eine Gruppe der über ganz Polen verbreiteten polnischen Kriegsorganisation (P. O. W.) bildet und zur Zeit in Oberschlesien mehrere tausend Mitglieder zählt. Die oberschlesische P. O. W. wird jetzt dauernd durch Stoßtrupps aus der regulären Armee und durch die zur Abstimmung aus der Armee beurlaubten Oberschlesier verstärkt. Die vier Truppen im Oberschlesien im Lager Sosnowice eine Sonderausbildung im Kampfe gegen Aufständische erhalten. In Sosnowice liegt ferner 1 Bataillon Bojowkas, die besondere Terrorgruppen bilden und denen die letzten politischen Morde in Oberschlesien zuzuschreiben sind. Längs der Grenze sind außerdem P. O. W.-Organisation in 3 Brigaden mit insgesamt 12 000 Mann zum Einmarsch in Oberschlesien bereitgestellt.

Rechnet man diese Organisationen zusammen, so ergibt sich, daß rund 70 000 Mann zur Verfügung stehen, die den Aufstand nach polnischer Ansicht vom Industriegebiet nach Westen vortragen werden. Allgemein wird in Warschau davon gesprochen, daß General Haller (Joseph), die Führung der Aufständischen übernehmen wird.

Größe die Ausbreitung des Aufstandes auf Schwierigkeiten oder trifft Deutschland Gegenmaßnahmen, so wird die polnische Armee mit starken Teilen von Osten und Norden gegen Oberschlesien eingesetzt werden. Hierzu sind bereits 4 Divisionen an der oberschlesischen Grenze und 4 Divisionen in Posen und Westpreußen versammelt. Weitere 4 Divisionen sind westlich Warschau 3 Divisionen zum sofortigen Einsatz gegen Deutschland bereit. Ihre Zahl wird noch vermehrt werden. Die Divisionen sind sämtlich marschbereit und schlagfertig. Die Erklärung der polnischen Regierung, daß die Truppen nur zur Demobilisation in ihre Heimatbezirke an der deutschen Grenze verlegt worden seien, ist eine Irreführung. Es ist ja gar die 16. Division in Westpreußen, die 14., 15. und 17. Division in Posen, die 6. und die Gebirgs-Division in Westgalizien beheimatet. Von ihrer Demobilisation kann aber keine Rede sein. Auch hier den Munitionsnachschub ist bereits alles vorbereitet worden. Große Munitionsdepots wurden in Posen und Krakau angelegt. Jedermann in Warschau weiß, daß in der Truppe offen gegen Deutschland gehetzt wird, und daß die Kommandeure selbst ihren Leuten die Notwendigkeit einer Wegnahme Oberschlesiens einhämmern.

Und die Entente? **Sie sieht dem Treiben bei Polen zu, ohne einzuschreiten.**

Gefahr für Oberschlesien!

Die Rüstungen der Polen.

Auf Grund einwandfreien Materials aus Warschau veröffentlichen „Die Grenzboten" in ihrer nächsten Nummer vom 16. Januar (Heft 2/3) einen bemerkenswerten Aufsatz über die wachsenden Gefahren, die Oberschlesien drohen. Es heißt darin u. a.:

Die Mittel, mit denen die Polen Oberschlesien gewinnen wollen, sind, wie eingeweihte Kreise in Warschau versichern, kurz folgende:

Die von Korfanty geleitete, mit französischem Gelde unterstützte Agitation in Oberschlesien hat nach Ansicht der Regierungskreise fast alle polnisch sprechenden Oberschlesier für Polen gewonnen. Damit glauben die Polen zurzeit das Uebergewicht über die deutschen Stimmen zu haben, aber nur dann, wenn die Abstimmung auf die in Oberschlesien ansässige Bevölkerung beschränkt bleibt. Nehmen dagegen die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier an der Abstimmung an Ort und Stelle teil, so sind die Aussichten für Polen sehr trübe. Darum arbeitet Polen auf eine Beschränkung der Abstimmung auf die in Oberschlesien selbst ansässige Bevölkerung und auf eine Sonderabstimmung hin und erklärt sich nur notgedrungen mit einer zeitlich getrennten Abstimmung aller Oberschlesier in ihrer Heimat einverstanden. Die Entente unter französischem Einfluß begünstigt die zeitlich getrennte Abstimmung. Kommt es nun tatsächlich zu einer solchen, so wird sich nach Ansicht polnischer Kreise folgendes Bild entwickeln:

Die erste Abstimmung der ortsansässigen Bevölkerung fällt in wichtigen Bezirken des östlichen oberschlesischen Gebiets zugunsten Polens aus. Man glaubt in Warschau nicht daran, daß die deutsche Bevölkerung sich allenthalben durchsetzen wird. Die Polen hoffen vielmehr, daß der seit dem Ausgleichsfall in Oberschlesien herrschende Terror der polnischen Stoßtrupps, über den man ja auch ab und zu in der deutschen Presse liest, die Wahlbeteiligung der ortsansässigen Deutschen lähmen wird. Weiter glaubt man in Warschau, daß diese erste Wahl der Ortsansässigen anders bewertet wird als die später stattfindende der nicht in Oberschlesien wohnenden Oberschlesier, bei der die Polen einen Überwältigenden Sieg der Deutschen fürchten. Fällt nun das Ergebnis der Abstimmung trotz aller polnischen Machenschaften zugunsten Polens aus, so wird ein neuer Aufstand der oberschlesischen Polen inszeniert. Es wird die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland bezweckt. Folgende Vorbereitungen sind hierfür getroffen worden:

In Oberschlesien ist seit 1919 eine polnische Selbstschutzorganisation entstanden, die über Korfanty von Warschau aus geleitet, bewaffnet und finanziert wird. Sie gliedert sich in örtlich zusammengefaßte Verbände bis zu Brigadestärke und zählt zurzeit rund 40 000 Mann. In jeder Zeit wurden zahlreiche kongreßpolnische und Posener Offiziere als Führer für diese Organisation nach Oberschlesien entsandt. Als Verfürchung des Selbstschutzes ist der Verband ehemaliger polnischer Soldaten in Oberschlesien, besonders von der Haller-Armee, bestimmt, der eine Gruppe der über ganz Polen verbreiteten polnischen Kriegsorganisation (P. O. W.) bildet und zurzeit in Oberschlesien mehrere tausend Mitglieder zählt. Die oberschlesische P. O. W. wird jetzt dauernd durch Stoßtrupps aus der regulären Armee und durch die zur Abstimmung aus der Armee beurlaubten Oberschlesier verstärkt. Die vier Truppen im Oberschlesien im Lager Sosnowice eine Sonderausbildung im Kampfe gegen Aufständische erhalten. In Sosnowice liegt ferner 1 Bataillon Bojowkas, die besondere Terrorgruppen bilden und denen die letzten politischen Morde in Oberschlesien zuzuschreiben sind. Läng

Die Nachsitzung des Landtags.

Die preußische Landesversammlung hat am gestrigen Donnerstag Sitzungen abgehalten, die wohl einen Rekord für parlamentarischen Eifer darstellen. Die Beratungen begannen um 11 Uhr vormittags und fanden erst Nachts um ½ 3 Uhr nachts; nahmen also einen Zeitraum von 13½ Stunden in Anspruch. Infolge von Beschlußunfähigkeit des Hauses mußten die Beratungen dreimal abgebrochen werden, so daß das Haus genötigt war, vier Sitzungen an diesem Tage abzuhalten. Eine Leistung, die unseres Wissens von einem anderen Parlament bisher nicht erreicht worden ist. Die Abgeordneten werden auch heute nicht Zeit finden, sich von den Anstrengungen des gestrigen Tages zu erholen. Die Sitzung des Parlaments hat heute schon um 11 Uhr eingesetzt und verspricht auch heute wieder eine sehr umfangreiche zu werden, da die Nachsitzung vorsieht, die Arbeiten heute zu beenden. Vorraussichtlich wird auch das wieder zu einer sehr ergiebigen Sitzung führen.

Ueber die gestrige Sitzung ist noch das folgende nachzutragen:

Ein Aufsichtsrat, der verlangt, daß bei erneuter Ernennung des Schulgebäudes der höheren Schulen den Minderbemittelten und Kinderreichen Familien durch geeignete Maßnahmen geholfen werden soll, wird angenommen, der Schlußsatz, wonach verhindert werden soll, daß Schüler, die seit langer Zeit wichtige Kulturarbeiter gewesen sind, ihren Kindern die höhere Schulbildung nicht mehr zuteil werden lassen können, wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag, der den Lehrplan der höheren Schulen in der Oberstufe durch unverbindlichen Unterricht in Philosophie und Volkswirtschaft an anderen Fächern erweitern und das Direktorat seiner Vorgesetztenstellung entziehen will. Abgelehnt werden Anträge der Deutschen Volkspartei, wonach

der 18. Januar

durch Ausfall des Schulunterrichts gefeiert und ein besonderer Unterricht über den Versailler Friedensvertrag eingeführt werden soll. — Ein demokratischer Antrag, wonach für Schulen aller Art Schülerrate und Schülerinnen anzustellen sind, wird angenommen. Angenommen wird ferner ein sozialdemokratischer Antrag, der die Reichsregierung ersucht, schnellstens die Grundsätze für die finanzielle

Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche

aufzustellen. Ein Zusatzantrag (Adolf Hoffmann, Komm.), „Renovirwendungen für die Kirchen dürfen nicht mehr gemacht werden" wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen. Dagegen stimmen auch die Abg. Dr. Wiehl (U. S.), Rickentheim (U. S.) und Kleinpeter (U. S.), was mit lebhafter Heiterkeit von den Sozialdemokraten quittiert wurde. — Der Antrag Bronisch, „Besoldungszulage für Geistliche", wird abgelehnt.

Damit ist der Kultusetat erledigt.

Der Haushalt des Staatsministeriums wird debattenlos erledigt.

Es folgt die zweite Lesung der beiden:

Nachtragsetats,

die u. a. die Forderungen für

die Schutzpolizei

enthalten.

Abg. von der Osten (D. Nat.)

tritt für die Polizeiforderungen ein, unter Polemik gegen die Kommunisten, die immer von der Polizei als Mörderbande sprachen, und befürwortet folgenden Antrag: „Das Staatsministerium wird ersucht, die Beamten der Schutzpolizei und Polizeigrenzschutzbeamten baldigst entsprechig anzustellen. Dringlich bedarf das Besoldungsjahresplanes, welche als Bereitmachungsbeamten erscheinen, sind bis zu einer Verständigung mit dem Finanzminister Zurückstellung bis zur Neuorganisation nicht endgültig zu besetzen."

Abg. Ludwig (U. S.):

Einen besonderen Beweis für die Notwendigkeit der Reform als das Aufrücken des Heeres von der Osten kann es nicht geben. Durch Ihre Hetze (rechts) sind die Arbeiter erst zum Kampf gegen die Regierung getrieben worden. Daß dann auch Ausschreitungen vorkamen, ist natürlich. Die neue Schutzpolizei darf nicht den reaktionären Offizieren in die Hände gespielt werden.

Abg. Menzel-Halle (U. Soz.):

Eine Seltene Wahrheit für die Kommunisten hätte nicht gehalten werden können, als die des Herrn v. d. Osten, der hier so frech aufgetreten ist. (Vizepräsident Frenzel erteilt einen Ordnungsruf.) Leutnant Kogel wurde amnestiert, die Mörder des Kapitänleutnants Prasche wurden nicht verfolgt.

Abg. Runge (Soz.):

Wollen wir, daß Ruhe und Ordnung im Lande aufrechterhalten wird, dann muß der Polizei der militärische Charakter genommen werden.

Abg. Rippel (D. Nat.):

Dem verwilderten Schutz des Eigentums muß der Minister erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die äußerste Linke peitscht systematisch gewisse Elemente durch gewisse Reden zum Sturmlauf gegen das Eigentum.

Minister Severing:

Ich habe die Verantwortung für die Maßnahmen des Regierungspräsidenten in Arnsberg zu tragen und trage sie. Es kam eine organisatorische Organisation im Siegerlande in Frage. Der Regierungspräsident ist auch kein Polizeibeamtenkat. — Wenn wir die Bildung von Mörderbanden in Preußen vermeiden wollen, dann ist die Regierung nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, der Bevölkerung die Waffen aus der Hand zu nehmen. Der Abg. von der Osten hat eine irrige Vorstellung der Pflichtenkreise Polizeiverwaltung meiner Angabe vorgesagen. Die betreffenden Beamten sind bereits gemaßregelt worden oder werden gemaßregelt werden. Ich habe im Hauptausschuß mitgeteilt, daß für die bedauerlichen Vorgänge in Flensburg ein Spitzel verantwortlich ist, auf dessen Gerücht hat der Kommandeur der Sicherheitspolizei, Major von Pfuhlow, gegen die Meinung der Polizeiverwaltung in der bekannten Weise einschreiten zu müssen geglaubt. In der Schutzpolizei sitzen zahlreiche Freunde des Herrn von der Osten in einflußreichen Stellungen. Der Orgesch-Geist besteht weiter. Der Monokel-Erlaß ist bereitzitiert. Wir wünschen, daß von solchen Mittelchen nicht Gebrauch gemacht wird, um die Autorität der Vorgesetzten zu stärken. Daß die Polizeibeamten ihre Vorgesetzten selbst wählen, soweit dann ich freilich in meinen Zugeständnissen nicht gehen.

Annahme der beiden Nachtragsetats.

Damit schließt die Erörterung.

Die beiden Nachtragsetats werden in zweiter und dritter Lesung bewilligt. Der Antrag v. d. Osten wird gegen die Rechte und einen Teil des Zentrums abgelehnt.

Zur zweiten Beratung steht die Novelle zum Gesetz über die Bestimmung des Wanderlagerbetriebes. Nach der Vorlage sollte die Besteuerung für die Woche betragen 500 ℳ in der ersten, 400 ℳ in der zweiten und dritten und 300 ℳ in der vierten Gewerbesteuerabteilung.

Der Handels- und Gewerbeausschuß beantragt eine einheitliche Steuer von 1000 ℳ, die den Gemeinden zufließt.

Abg. Graf (Soz.) befürwortet einen Antrag seiner Partei, wonach die Steuer in Berlin 600 ℳ beträgt und weiter noch der Einwohnerzahl der Gemeinden von 500 bis 100 ℳ abgestuft wird.

Der Antrag Graf wird angenommen. Im übrigen wird das Gesetz nach den Ausschußvorschlägen angenommen.

Präsident Leinert stellt sodann fest, daß das Haus beschlußunfähig sei, schließt die Sitzung und beraumt die nächste Sitzung auf sofort an.

211. Sitzung.

Abg. Dr. Leisig (D. Vp.) beantragt nach Eröffnung der Sitzung Vertagung. Der Antrag wird abgelehnt.

Angenommen werden die Anträge Hautschild (Soz.) auf Erweiterung des Stadtkreises Barmen in zweiter und dritter Lesung, auf Wohnungsbeschaffung und Erweiterung des Stadtkreises Neisse in dritter Beratung, daß Landesteuergesetz in zweiter und dritter Beratung.

Der Gesetzentwurf auf Verstärkung des Beamtenstandes des Provinzialschulkollegiums Berlin wird gegen die Stimmen der Rechten in zweiter Lesung angenommen.

Der Besoldungsplan wird dem 20. Ausschuß überwiesen.

Um 1½ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 11 Uhr vormittags.

Die heutige Sitzung.

Auch heute zweimal beschlußunfähig.

209. Sitzung vom 14. Januar, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der in Form eines Gesetzentwurfs gestellte Antrag Siering (Soz.) über die Provinzial-landtagswahlen in Schlesien. Der Antrag wird in allen drei Lesungen ohne Erörterung angenommen.

Entsprechend der Praxis des Hauses wird die Genehmigung zur Einleitung von Privatklagen gegen die Abg. Hoffmann (Soz.), Müller-Hanau (Soz.) und Dr. Schlagmann (Dem.) nicht erteilt.

Darauf finden die in der gestrigen Nachsitzung zurückgestellten namentlichen Abstimmungen über einige Entschließungen und Anträge des Hauptausschusses zum Kultusetat statt.

Bei der Abstimmung über die Entschließung wegen Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung der Generalsuperintendenten und Superintendenten, zu welcher zunächst ein Zusatzantrag des Abg. Schümer (Dem.) auf Erhöhung der Bezüge der nebenamtlich angestellten Konsistorialräte in einfacher Abstimmung angenommen wird, werden 165 Stimmen abgegeben, da die Linke keine Zettel abgibt. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Präsident Leinert beraumt eine sofortige neue Sitzung an.

Die zweite Sitzung.

210. Sitzung.

Präsident Leinert eröffnet um 11 Uhr 40 die neue Sitzung.

Bei der namentlichen Abstimmung über die Aufsichtsratsentschließung auf Erhöhung der Fonds zur Unterstützung an Geistliche werden 152 Stimmen abgegeben, da wiederum die Linke nicht mitstimmt. (Rufe rechts: Schleichen! — (Stürmisches Gelächter links.) Das Haus ist abermals beschlußunfähig.

Präsident Leinert beraumt sofort eine neue Sitzung an.

Auflösung der Vertagung?

Der Aeltestenrat der Landesversammlung entschied in seiner Sitzung am Donnerstag abend die Frage, ob die Landesversammlung aufgelöst werde, oder ob sie bis zum Zusammentritt des neuen Landtags als vertagt gelten habe. Es wurde beschlossen, einen Ausschuß von 29 Mitgliedern einzusetzen, der die Geschäfte in der Zwischenzeit bis zum Zusammentritt des neuen Landtages zu erledigen hat. Der Besoldungsausschuß hat am 13. Januar die einzelnen Tage zur Nachprüfung des Besoldungsplanes zusammengetreten. Das Ergebnis wird dem Ausschuß von 29 Mitgliedern vorgelegt werden.

Hauptausschuß des Reichstags.

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet heute den Etat des Reichsministeriums des Innern weiter. Angenommen wurde ein Antrag D. Dr. Scheider (Zentr.), der verlangt, daß bei der Zuerkennung von parteipolitischen Momenten zu den Unterricht der Akademie nicht dulden würde.

Betreffs des Heimstättenamts für die deutsche Beamtenschaft bat der Referent D. Dr. Scheider (Zentr.) den Beschluß, daß der Besitz der im Betrage der jährlichen Beamtenbesoldung nicht übersteigenden Heimstätte mit so viel Wohnungsrechten verbunden sei, daß er den Beamten ebenso gut wie Besitz.

Staatssekretär Lewald (Reichsministerium des Innern) hat, zu bedenken, daß das Heimstättenamt aus einer von der Beamtenschaft betriebenen Wirtschaftsgenossenschaft zu übernehmen sei.

Dr. v. Delbrück (D. Nat.) äußert sich dagegen, daß das Heimstättenwesen für Beamte von den übrigen Verwaltungen losgelöst behandelt werde.

Dr. Wagnicke (Dem.) empfiehlt, dem Amt eine Begutachtung zu geben, die darauf hinweise, daß das Wohnungswesen im Interesse der Beamtenschaft überhaupt und nicht allein das Heimstättenwesen gefördert werden solle.

Doch (Soz.) empfiehlt, zu erwägen, ob nicht besser das Siedlungswesen in seiner Gesamtheit dem Reichsarbeitsministerium zu überweisen sei.

Dr. Runkel (D. V.) weist auf die Schwierigkeit der Wohnungsbeschaffung hin und bittet, dem Amte hier, welche die Reichsunterstützung erwünscht erscheinen lassen. Die zuständigen Ministerien sollten über eine einheitliche Regelung dieser Frage im Einvernehmen treten. Einer Ueberweisung der Summe an Landesverbände und Organisationen könne er nicht zustimmen.

Staatssekretär Lewald erklärt sich für die von Dr. Wagnicke (Dem.) vorgeschlagene Begründung der Forderung für Beamtenbildung.

D. Dr. Scheider (Zentr.) verlangt, daß unbedingt diese neue Bauungsstelle mit den Wohnungsvereinigungen in Einbern und Propeln in Verbindung treten müsse.

Dementsprechend wird die Resolution genommen, das Heimstättenamt künftig in eine „Beratungsstelle für Beamtensiedlung" umzuwandeln. Zu einer Beratung der Flüchtlingsfrage wird bei der Besprechung der 1 725 000 ℳ, die im Etat angesetzt sind für Beschaffung der an die Schlesien nach Abspaltung der Schlesischen Provinz durch den Abbruch der Reichsverfassung, gegeben durch Bewilligung der Abg. D. Mumm (D. Nat.) für mit Ausschußbericht aufstreicht.

(Fortsetzung folgt im Morgenblatt.)

Der demokratische Wahlaufruf.

Auch die Demokratische Partei hat jetzt ihren Wahlaufruf für die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen veröffentlicht. Der Wahlaufruf weist zunächst auf die Bedeutung der Wahl von 1921 hin, der eine Stärkung der Parteien der Rechten und der äußersten Linken gebracht habe. Die jetzigen Wahlen müßten die Mäßigkeitspartei wieder zur Geltung bringen. Die demokratische Partei als die „Partei der Mitte" zusammenfassen. Ueber die bisherige Tätigkeit der Partei wird dann gesagt:

„Der offenen Bekenntnis zur republikanischen Staatsform hat nach der Revolution Deutschland vor sozialdemokratischer Alleinherrschaft gerettet. Aber die vielfachen Bemühungen unserer Partei hat in hervorragendem Maße dazu beigetragen, daß heute die Welt in Verständigung des Friedensvertrages von Versailles zu erkennen beginnt. Ihre gerechtfertigten Feststellen an dem System der Reparationsleistungen, unserer Sozialisierungs- und Kommunalisierungsexperimente, durchbrach und den Abbau der Zwangswirtschaft beschleunigt. Die unermüdliche Arbeit unserer Partei hat den Schutz der Produktion hat zum Besten von Industrie, Landwirtschaft und Handel und aller übrigen ehrlichen Unternehmer, Angestellten und Arbeiter beilend auf die böse Krankheit des Streikfiebers eingewirkt und einer Verordnung der Arbeitszeitschicht, die ebenso die Lebensfrisse unserer Volkswirtschaft wie die begründeten Forderungen der Arbeitnehmer berücksichtigt, die Bahn gebrochen. Eine unablässige Fürsorge für die unter der Not der Zeit am schlimmsten Leidenden, den gewerblichen Mittelstand, die Festbesoldeten, die kleinen Rentner, hat das Verständnis dafür, daß diese Schichten unseres Volkes im Staatskörper erhalten und geschützt werden müssen, gefördert und gefördert. Ihre vom Geiste echten Liberalismus getragene Betätigung an der kirchlichen Gesetzgebung hat es ermöglicht, daß die Bewegung von Kirche und Staat ohne Verletzung des Empfindens der kirchlich gesinnten Kreise unseres Volkes vollzogen werden konnte. Ihre stetige Beteiligung an der Demokratisierung der Verwaltung hat zum Grundsatz geführt, daß für den Erfolg entscheidender traditionärer Beamter nicht die Parteilichkeit, sondern die persönliche und fachliche Eignung Schlechterdings maßgebend war. Wo Demokraten zu Beamten ernannt wurden, haben sie diesem Grundsatz entsprochen."

Weiter wird der Aufruf den Parteien der Rechten vorwerfen, daß sie, anstatt an dem Aufbau der Gesundung der öffentlichen Verhältnisse gearbeitet zu haben, sich ausschließlich der Aufgabe unterzogen und liberalen Demokratie. Als Programm der Partei werden die folgenden Grundsätze aufgestellt:

„Gegen jede Klassenherrschaft; für die Gleichberechtigung aller Volksgenossen ohne Rücksicht auf Geschlecht, Bekenntnis, Stand; für soziale Verfühlung; für freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte; für Volksmoral und Volksbildung; für Ordnung und Recht."

Der Aufruf schließt damit, daß das Ziel der Demokratischen Partei ein Preußen sei, fähig, seine Aufgabe im neuen Reich zu erfüllen, und seinen Hauptberuf erfülle: Aufzugeben in dem deutschen Einheitsstaat.

Orgesch-Märchen.

Kiel, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung). Vor kurzem ist eine aufsehenerregende Nachricht aus Siegen in dem die Blätter gegangen. Danach sollte der Regierungspräsident in Arnsberg bei zahlreichen Angestellten und Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten in Siegen und der Umgebung polizeiliche Ausforschungen haben nunmehr südlichen Siegen. Die „Kölnische Zeitung" hat von einem eigenen Mitarbeiter nach Arnsberg und Siegen entsandt, der auf Grund von Mitteilungen des Regierungspräsidenten Kürtz und des von ihm mit der Durchführung der Durchsuchungen beauftragten Oberregierungsrat von Hymmen eine objektive Darstellung des Zeitschriftenschreibers ab, Irgendein Unbeteiligter oder ein Beweis der Mitgliedschaft der Mitbeteiligten an der Orgesch ist nicht vorhanden. Einer habe gleich entsagt auf die an ihn gestellte Frage, ob er der Orgesch angehöre, dieses zugegeben. Es habe sich aber bald ergeben, daß er zunächst wußte, was er Orgesch überhaupt bedeute, sondern daß er in der begreiflichen Aufregung die Einwohnerwehr bei der Orgesch verwechselt habe, der er früher angehört, die aber inzwischen aufgelöst ist. Die einzelnen abgelegen wohnenden Bauernvirte hatten sich zwei Jahre lang nicht mehr in Siegen sehen lassen, gemeldet hatte. Ob eine Abgabe dieser Waffen lieber zu verlangen gewesen sei, darüber sei streit. Der Gesamtzweck ungeeeitt gewesen, so daß jedenfalls nur ein ganz belanglosses Versehen vorliegt, das ohnen geradezu Begeisterung der Durchsuchung gewesen sei. Das Ergebnis sei somit völlig negativ.

Eine deutsche Sterblichkeitsstatistik.

Die gut französisch gesinnte Straßburger „République" schreibt in einem Artikel:

„Ergreifender als der Abbruch des Militärisms ist der Kampf gegen Hunger, Elend, Krankheit, Wirtschaftsnot und Nahrungsnot, ein Kampf, der für ungeübbar, für unvermutlich viele Einzelschicksale, für Tausende nach Millionen, ein schauerlichsten Sinne wird. Wenn wieder einmal eine deutsche Volksabfindung vorliegt, wenn ist die Zeit wie Ende Januar, in welch großem Umfang der Krieg die deutschen Männer, in welch grösserem Umfang, dieser Friede die deutschen Frauen hinrafft.

Ein Bild dieses Todeskampfes gibt der bekländische Arzt Dr. Römer in einem Aufsatz „Die Ernährung und Tuberkulose in Deutschland", den er jüngst in der „Haag'sche Post" veröffentlichte. Es ist eine wissenschaftlich-statistische Arbeit, zu der die Zahlen in der Hauptsache aus amtlichen Quellen geschöpft hat. Er gibt darin nicht nur die differenzierte Sterblichkeit des Reichsgesundheitsamts in Berlin, vielfach bis in das Jahr 1920 hinein, sondern er giebt auch die Statistiken großer und kleinerer deutscher Städte sowie bekannter Krankenhäuser und Spezialkliniken heran.

Ganz besonders wertvoll sind die Ergebnisse der Römerschen Mortalitätsfeststellungen in bezug auf die beschränkten Kinder als die Tuberkulose-Sterblichkeit der Berliner Statistik in der Stadt Berlin im Jahre 1913 40 885 Kinder geboren, während nur 28 077 Kinder geboren wurden im Jahre 1917 wurde die Zahl der Geborenen auf 18 725 gesunken, die der Todesfälle von Kindern auf 40 129 gestiegen! Aus einem Geburtenüberschuß von über 31 Prozent war also binnen kurzer Zeit ein Sterbeüberschuß von 1 Prozent, nennt, in unheimlich aufsteigender Linie bewegt. Von 14 Millionen deutscher Kinder sind heute eine Million in mehr oder weniger unmittelbarer Lebensgefahr.

Ein offizieller Schulrapport vom 1. Juli 1920 berichtet, daß von 240 tuberkulosegefährdeten Schülern höchstens 80 normal genannt werden dürften, daß aber auch von diesen nur sehr wenige sich mitteilt einer unangefrankelten Gesundheit erfreuten. Von den 240 Schülern waren 46 leier schlecht ernährt, 23 deutlich unterernährt, 61 kränklich, 34 nervös, 54 an sonstigen Krankheiten leidend. Zu bemerken ist dabei, daß die tuberkulösen Kinder vorher aus der Schule entfernt waren.

Die Tuberkulose spielt natürlich in den Römerschen Feststellungen eine sehr verhängnisvolle Rolle. Allein in Preußischen Staaten wurde der letzten 50 Jahre im Kampfe gegen die Tuberkulose als Volkskrankheit gewonnen, wer, sei heute bedroht, und besonders die unglückliche deutsche Kindervolk bringe dem entsetzlichen Moloch der Tuberkulose in unheimlich steigendem Maße ihre Opfer dar.

In den deutschen Städten von über 15 000 Einwohnern, in denen annähernd ein Zeitel der Bevölkerung von ganz Deutschland wohnen, starben an Tuberkulose im Jahre 1913 40 174 Kinder, im Jahre 1918, nach allmählicher Steigerung der Todesziffer, mehr als doppelt so viel, nämlich 85 120. In ganz Deutschland betrug 1918 die Zunahme an Tuberkulosefällen seit vier Jahren 150 Prozent, in Berlin allein für Women 40 Prozent, für Bremen 90 Prozent. Die Reichsgesundheit zählte im Jahre 1918 30 000 tuberkulose Kinder unter 14 Jahren, Hamburg 18000, Köln 7000, Stettin 5000, Hannover 4000. In Preußen hatte die Zahl tuberkulöser Kinder von 1914—1918 um 96 Prozent zugenommen, in Hessen um 124, in Mecklenburg-Schwerin um 126, in Sachsen-Meiningen um 158 Prozent.

Eine ergreifende Illustration für das allgemeine Elend des bedrängten Geschlechts bieten auch Dr. Römers Tabellen über die Abnahme der Körpergrößen bei den deutschen Kindern aller Altersstufen.

Der Verfasser des Aufsatzes wiederholt immer wieder, daß die Unterernährung, der chronische Mangel an Fett- und Kalkstoffen ganz besonders aber der Mangel an Vitaminen nicht nur die Ausbreitung der Tuberkulose verhängnisvoll fördert, sondern auch Blutarmut, Darmtuberkulosen, Rachitis, Knochenerweichung usw. in den letzten Jahren stark steigen, wie besonders auch bei Wachsenden und nähernden Mädchen erzeugt und verhindert zum Nachteil des jetzigen und des nachkommenden Geschlechts.

Der Verfasser schließt mit folgenden Worten:

„Wird der Tuberkulose nicht mit aller Kraft entgegengearbeitet, werden die Vorschriften der modernen Hygiene nicht peinlich genau durchgeführt, wird der Nahrungsnot nicht vollständig aufgehoben, so wird Deutschland nach Generationen hindurch bis ins eines erbarmungslos geschwächten, kränklich vegetierenden Geschlechts und das Beispiel eines Elends bieten, wie es in der Geschichte unerhört ist, eine Sinnentrübung der gegenüber der betriebsamstische Massenmord wie ein harmloses Spiel erscheint. Wenn jemals, muß in jetzt der Augenblick gekommen, um dem deutschen Volke zu helfen, es zu retten vor einem gewissen Untergang."

Frecher polnischer Betrug.

Drahtmeldung.

Königshütte, 13. Januar. (T. U.)

Die Polen gehen seit langem mit der Behauptung hausieren, daß die Deutschen im Falle einer für sie ungünstig ausfallenden Volksabstimmung die oberschlesischen Bergwerke in Brand sprengen würden. Tatsächlich hat man nun in Warschau näheres Belege für diese Ungeheuerlichkeit verlangt, um damit in der großen Welt eine neue Auflage der sattsam bekannten „Greuelpropaganda" hervorzurufen. Dieses verbrecherische polnische Ansinnen ist der Pressepolizeikommissariat mit einer infamen Fälschung nachgekommen, indem es dem Präsidium des Ministerrats in Warschau einen gefälschten Bericht des kommissarischen Oberpräsidenten in Oberschlesien, Dr. Urbanek, an den deutschen Plebiszitkommissar Dr. Urbanek in Kattowitz unterbreitet hat. In diesem Briefe giebt dieser die Zustimmung zu dem angeblichen Plane Dr. Urbaneks, die oberschlesischen Gruben im genannten Falle in die Luft zu sprengen. Der gefälschte Brief aus einer gar nicht bestehenden „geheimen Kanzlei" des Oberpräsidenten Hörsing in Berlin schließt mit dem die Fälschung des Briefes beweisenden lächerlichen Satze:

„Die Sprengung der Kohlengruben, verbunden mit Menschenopfern, ist unbarmherzig, jedoch aber nicht zu vermeiden, denn in dem jetzigen gefahrden Zustande darf unser Oberschlesien niemals an Polen fallen."

Die skrupellose, niedrige Art des polnischen Abstimmungskampfes geht wieder klar aus dieser Meldung hervor.

Die Politisierung des Bürgertums.

Von

Professor C. Metzger.

In den Stürmen der letzten Jahre hat unser Bürgertum versagt. Eine glückliche Welle gespült. Von der Revolution fiel es völlig und vollständig überraschen und stand ihr ratlos gegenüber; in der verfassungsbedenden Nationalversammlung bildete es zwar, obwohl es überlegen maßgebend in Betracht kam, nur ein Anhängsel der Sozialdemokratie. Als die Reaktion, die den Wahlen zum Reichstag zurückdrängte, mußte es den Sieg nicht ausnutzen. Im Reich mußte eine Minderheitsregierung gebildet werden, die nur auf schwachen Füßen stand, während im Lager der Sozialdemokratie unbeschränkt weiter herrscht und ihre Machtstellung rücksichtslos ausnutzt. Bei diesen Gegenlagen im Reich und in Preußen ist eine einheitliche Politik nicht möglich, und das ist um so schlimmer, als die Lage für uns sowohl nach außen wie im Innern von Tag zu Tage bedrohlicher wird. Frankreich arbeitet systematisch auf den Untergang Deutschlands hin, und die Kommunisten wollen die Diktatur des Proletariats nach russischem Muster aufrichten. Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen bedrohen uns mit Hungers und Kälte und sind die besten Bundesgenossen unserer Feinde. Die Arbeitslosen vermehren das Heer der Unzufriedenen, und zugleich verringern Entwohnungsmangel und Verarbeitung der Reichswehr unsere Widerstandsfähigkeit. Allen diesen Gefahren gegenüber beschränkt das Bürgertum die Kräfte. Auch die organisierten Parteien wissen nicht die rechten Wege zu finden. Sie hätten allen Grund, sich eng zusammenzuschließen und vermögen doch die inneren Gegensätze nicht so weit zu überwinden, daß sie ihre Kräfte gegen den allen gemeinsamen Feind zusammenfassen. Woher kommt diese Gleichgültigkeit, dieser Mangel an Einsicht über die wirkliche Lage und die Unfähigkeit zu zweckmäßigen politischen Handeln?

Es gibt Politiker, die den verderblichen Wirkungen des Sozialisiertgesetzes einen großen Teil der Schuld zuschreiben. Sie sagen, die Sozialdemokratie sei unter dem Druck der harten Bestimmungen dieses Gesetzes immerlich geschärft worden, für die Bürger aber habe es einen sicheren Wall gebildet, der sie der Notwendigkeit des Kampfes entheben, sie in trügerische Sicherheit gewiegt und dadurch das leibhändige politischen Handelns unter eigener Verantwortlichkeit entzogen habe. Das ist gewiß richtig, aber es genügt doch nicht, vielmehr liegt die Ursache tiefer. Die Konstruktion unserer konstitutionellen Monarchie brachte es mit sich, daß das Bürgertum von der Beteiligung an den Staatsgeschäften so gut wie ausgeschlossen wurde. Eines starken Teiles des Bürgertums bemächtigte sich sogar eine entschiedene Abneigung gegen die Betätigung auf politischem Gebiet, wenn er nicht gar mit Verachtung auf sie herabsah. In unserer Zeit hat sich dieser Mangel an politischer Bildung schwer gerächt. Das Bürgertum kann sich heute nicht an die neue Lage gewöhnen, sondern glaubt auf dem alten Standpunkt beharren zu können. Auch jetzt aber, wo die radikalen Arbeiterparteien mit allen Mitteln für die Diktatur des Proletariats kämpfen, kann jede schwächliche Lauheit dem Bürgertum gefährlich werden und es unter die Räder bringen.

Eine solche Entwicklung würde aber für uns verderblich sein. Wie sich unsere Lage gestaltet hat, können wir einen gesunden Bürgertum nicht entbehren. Auch jetzt ist trotz der sozialdemokratischen Vorherrschaft das Bürgertum der Träger der staatlichen Ordnung, sowohl von einer solchen überhaupt die Rede sein kann. Die Sozialdemokraten führen im Reich die Regierung und, wo neue Ideen hervortreten, die zur Gesundung unserer so ganz zerrütteten Verhältnisse führen können, da stammen sie nicht aus den Reihen des Bürgertums. Zu bedauern ist nur, daß die Führer in den Kreisen der Wähler nicht überall den nötigen Rückhalt finden, da es bei diesen an Interesse und festem Zusammenhalt noch so vielfach fehlt. Wohin das führt, zeigen die Zustände im Berliner Stadtverordnetenkollegium. Es ist immerhin ein Fortschritt, daß die Stärke in der Opposition; wo sie aber positiv schaffen soll, versagt sie. Ihr Vorteirgemangen ist eine Utopie, die vor der Wirklichkeit nicht standhält

Deutsches Reich.

Deutscher Werkmeisterverband gegen Afa.

Düsseldorf, 13. Januar. (D. R.) Der Deutsche Werkmeisterverband ist in schärfster Gegensatz zu der Haltung der Afa getreten, insbesondere zu dem Führer desselben, Kaufmann-Berlin, weil er die Sozialisierungsforderungen des Leipziger Parteitags durch Kampf herbeiführen will. Der Werkmeisterverband verwirft aber jedes ungesetzliche Vorgehen und bekämpft die Bestrebungen, die Gewerkschaftsbewegung in das linksradikale politische Fahrwasser gleiten zu lassen. Wenn bei dem 13. Januar Kaufmann nicht von der Leitung der Afa zurücktritt, will der Deutsche Werkmeisterverband einerseits ausscheiden. Er hat bis zur Erledigung der Differenzen die Zahlung der 300 000 ℳ Beiträge zur Afa für das Jahr 1921 gesperrt.

Württembergische Abfage an die Kommunisten.

Stuttgart, 13. Januar. (T. U.) Die kommunistische Partei Württembergs hat sich wegen Unterstützung der bekannten kommunistischen Forderungen an die württembergische Arbeiterschaftsgesamtheit gewandt. Diese erwiderte ihr, daß es bisher in der Arbeiterbewegung üblich gewesen sei, sich über gemeinsame Aktionen wenigstens mit den verantwortlichen Organisationen zu verständigen, besser man an die breite Oeffentlichkeit trete. Solange sich die kommunistische Partei nicht an diese Selbstverständlichkeit halte, lehne die Sozialdemokratie es ab, Vorschläge und Pläne der Kommunisten näher zu treten.

Erwerbslosen-Demonstration in Breslau.

Breslau, 13. Januar. (W. T. B.) Zu Beginn der heutigen Stadtverordnetensitzung johannische sich eine größere Menge Erwerbslose vor dem Rathause an, um der Versammlung einen Antrag auf Bewilligung einer Sonderbeihilfe für die Erwerbslosen zu überreichen, nach dem allen bis zum 25. 12. mindestens zwei Wochen arbeitslos Gewesenen Beihilfen von 250—500 ℳ gewährt werden sollen. Die Arbeitslosen wurden durch ein zahlreiches Aufgebot der Sicherheitspolizei am Betreten des Rathauses verhindert. Beim Eintritt in die Tagesordnung stellte der unabhängige Stadtrat Schuch einen Antrag auf sofortige Zurückziehung der Sicherheitswehr aus dem Rathaus. Der Vorsteher Geh. Justizrat Dr. Heilberg erklärte, daß dies außerhalb seiner Machtbefugnis läge. Die Wiederbesetzung Beihilfen von 250—500 ℳ der nächsten Fraktionssitzung mit dem Antrag der Erwerbslosen befassen.

Die Schiedsgerichtsverhandlungen mit den Bergarbeitern.

Halle, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrigen Schiedsgerichtsverhandlungen im Halle zwischen Bergarbeitern und Arbeitgebern unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums und unseren Gewerkschaftsführern haben dazu geführt, daß eine vorläufig zustandegekommene Kommission unverzüglich mit dem Reichswirtschaftsministerium über die Möglichkeit einer Kohlenpreiserhöhung verhandeln, da ohne Kohlenpreiserhöhung die Gewährung der Bergarbeiterlöhne für die Werke unmöglich ist. Für den Fall einer Preiserhöhung soll unsichtbegend über die Möglichkeit einer Lohnerhöhung verhandelt werden.

Zur Kohlenversorgung im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk.

Halle, 13. Januar. (T. U.) Die heutigen Verhandlungen unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums haben dazu geführt, daß eine vorläufig zustandegekommene gemischte Kommission unverzüglich mit dem Reichswirtschaftsministerium über die Möglichkeit einer Kohlenpreiserhöhung verhandeln soll. Für den Fall einer Preiserhöhung soll ausschließlich mit einer Lohnerhöhung verhandelt werden.

Die Bremer Linksradikalen zum Volksentscheid.

Bremen, 13. Januar. (T. U.) In einer Versammlung (1128), bei welcher sich die Linksradikalen mit dem Ausfall des Volksentscheids und den bald stattfindenden Bürgerschaftswahlen. Die Schuld an dem Mißerfolg am Volksentscheid geben sie den Kommunisten und Mehrheitssozialdemokraten, halten aber trotzdem für die bevorstehenden Wahlen zur Bürgerschaft daran fest, mit den Mehrheitssozialdemokraten zusammenzugehen, wenn diese an die Unabhängigen herantreten, wobei sie aber ihr Programm völlig entrechten müßten. Bemerkenswert ist, daß der Parteisekretär der Unabhängigen den Mißerfolg auf das Spartakusbrecht zurückführte. Reichstagsabgeordneter Henke sprach sich gegen das Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten aus, da diese Sozialisten im preußischen Wahlkampf sich feindlich gegenüberstanden.

Wegen Terrors geschlossen.

Düsseldorf, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Leitung des Schweiß- und Walzwerks in Düsseldorf-Reisholz hat beschlossen, das Werk von morgen ab zu schließen, da infolge des Terrors eines Teiles der Arbeiter, der ohne Fühlungnahme mit den Gewerkschaften vorgeht, eine wirtschaftliche und ordnungsmäßige Weiterführung des Betriebes nicht möglich ist. Im Laufe des vergangenen Jahres hatte die Arbeiterschaft des Werkes wiederholt unberechtigte Forderungen zur Rückzahlung der Steuer und Teuerungszulagen und vergleichen durch Demonstrationen und gewalttätige Drohungen erzwungen.

Razzia im Gerichtsfaal.

Frankfurt, 13. Januar. Heute mittag besetzte ein starkes Aufgebot von Kriminalbeamten den Zivilsaal zum zum hiesigen Schöffengericht, als eine Einbruchsgeschichte aus der Affisade zur Verhandlung kommen sollte. Ein Teil der Zuhörer wollte fliehen, wurde jedoch daran gehindert. Der Erfolg dieser ersten polizeilichen Razzia in einem Gerichtssaal war, daß mehr als 25 Männer und Frauen festgenommen wurden. Die einen konnten sich nicht ausweisen, die andern waren steckbrieflich verfolgte.

Zusammentritt des Besoldungsausschusses.

Die endgültige Regelung der Beamtenbesoldungsfrage tritt am 25. Januar nochmals der Besoldungsausschuß der preußischen Landesversammlung zusammen. Der zuständige Ausschuß hat die Entschließungen, die Beschlüsse des Besoldungsausschusses die erforderliche Zustimmung zu geben.

Gerichtsentscheidung über die Leipziger Baumesse.

Leipzig, 12. Januar. (W. T. B.) Die Bereinigung der Leipziger Aussteller für das Baumesse hatte unter dem 25. Dezember eine einstweilige Verfügung erwirkt, die dem Leipziger Messamt untersagte, die der Errichtung der Baumesse dienende Halle 10 auf dem jüdischen Ausstellungsgelände (das ehemalige Osterreichische Haus der Bugra) an andere als die gemeinnützige Vereinigung zu vermieten. Diese einstweilige Verfügung wurde am 12. Januar vom Landgericht Leipzig aufgehoben. Auch die von der Vereinigung gewonnenen Aussteller der Baumesse kommen demnach nun auf Antrag bei dem Messamt einen Ausstellungsstand erhalten.

Die angebliche Deutschrift Ludendorffs.

M. **München**, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern hat General Ludendorff in verschiedenen Münchener Blättern die Denkschrift, die er nach einer sensationellen Meldung des „Daily Telegraph" an die Regierungen von London und Paris gesandt haben sollte, als Abschrift bezeichnet. Diese Denkschrift ist vom dem Publizisten Arnold Rechberg verfaßt, der heute eine Zuschrift an die „München-Augsburger Abendzeitung" richtet, in der er behauptet, daß er die militärische Lage in Europa mit General Ludendorff durchgesprochen, und daß ihm General Ludendorff schriftlich bestätigt habe, daß die von Rechberg nach dieser Besprechung verfaßte Denkschrift seiner, Ludendorffs, Ansicht entspreche. Rechberg hat dann die Denkschrift tatsächlich an die Entente weitergegeben. Er behauptet, daß sein Elaborat in Genua günstig gewirkt habe. Die Denkschrift sei ein rein militärisch-sachmännisches Gutachten und sachlich unangreifbar. Zum Schluß der Auslassung des Herrn Rechberg heißt es: „General Ludendorff bezweifelt aber, daß es bei der Uneinigkeit der Kulturnationen und infolge der Spaltungen innerhalb des deutschen Volkes möglich sein werde, nach rechtzeitig ergriffenen Maßnahmen gegen den Bolschewismus zu treffen. Es scheint das um so schwerer, als die Verödung Deutschlands noch immer andauert. Der General Ludendorff sieht daher die Lage Deutschlands und Europas als sehr ernst an."

Verkehrslage im Ruhrrevier.

Essen, 13. Januar. Da an den Feiertagen der bergmännischen Woche die Behinderung der Fahrmannschaftsfahrt gänzlich durchgeführt wurde, gestaltete sich der Kohlen- und Kokversand etwas günstiger. Die Eisenbahnerbetriebsverhältnisse blieben aber nach wie vor äußerst gespannt, so daß in den letzten Tagen wieder umfangreiche Sperren verhängt werden mußten. Durch die verschiedenen örtlichen Streiks wurden Ausfälle verursacht. Die Wagengestellung besserte sich vorübergehend (d. h. ohne Berücksichtigung des Feiertages am 6. 1.) auf 20 187 (18 686) Wagen, die Fehlziffer auf 3368 (6014) Wagen. Die Lagerbestände folgerten sich von etwa 20 000 t auf 909 475 t am 8. 1. Der Rheinwasserstand war seit dem niedrigsten Stand Ende vorigen Jahres bisher nur um rund 50 cm gestiegen. Kanaler Pegel befindet sich also immer noch um etwa 1,20 m unter dem normalen Stand. Hoffentlich bringen die letzten Regentage den unbedingt notwendigen Zuwachs. Die Leistung der Schiffer in den Duisburg-Ruhrorter Häfen nahm von 15 643 t auf 18 404 t wertlichgeht zu. Ebenso konnte der Umschlag in den Kowalewschen Häfen von 13 805 t auf 20 968 t gesteigert werden. Den Rheinsemerrt: Wie und mitgeteilt wird, beabsichtigt der Rheinschiffer-Verband die Preise für Bergentlang Rheinschiffer-Arbeiten für Rheinschiffe zur Lieferung ab 1. Februar b. J. weiter zu ermäßigen, die Höhe der Preisermäßigung steht noch nicht fest.

Reichshauptstadt.

Berlins neue Schnellbahnen.

In eigenartiger Weise sind von dem Kriege Pläne für ein ausgedehntes Berlin Berliner Schnellbahnnetz aufgestellt worden. Ein Teil wurde in Angriff genommen: Die Nord-Süd-Bahn in der Linie der Friedrichstraße, Gundbrunnen-Neukölln und die Anlagen, welche Nordwestbahn-Friedrichstraße-Weißbereich. Fertig ist nichts, dagegen wird allenthalben an wichtigen Punkten der Bereiche durch Bauzäunen gebohrt. Mit Bauarbeiten wird erstmal Berlin seit Jahren die leidvolle Sperrung der Friedrichstraße. Und noch ist kein Ende abzusehen. Und was zu wieder erfreut, beschäftigen sich in schönen Reden die Stadträte mit dem Problem. Stadtbaurat Hahn gab die „tröstliche" Versicherung, daß man „hoffe, die Strecke Bernauerstraße—Bahnhof Friedrichstraße in 1—1½ Jahr(e) in Betrieb zu nehmen. Die Neukölner Strecke vielleicht in 4—5 Jahren. Technisch waren die Arbeiten allerdings in 1½ Jahren zu leisten, aber es fehle an Geld. Der Wiederbeginn in Neukölln erforderte bei 500 000 ℳ an Löhnen 11½ Millionen für Geldmittel. Und dann kam der Mißstand an das Reich, das an Geld und die Arbeitsfolgelst und die Wichtigkeit helfen solle, das Reich, das so arm ist, daß es selbst seine wichtigsten Zweiten nicht erfüllen kann!

So wird das Problem nicht gelöst. Die ganze Frage muß von Grund auf neu studiert werden, noch nicht jetzt, jetzt erst recht. Die jetzigen Bauarbeiten bedingen voraussichtlich Tarife, die eine Rentabilität ausschließen. Berlin ist arm, um überall „unten durch" zu bauen. Man wird die Möglichkeit kombinierten Betriebes sorgfältig zu ermähnen haben, teilweise unter der Erde im Tunnel, teilweise als Gleisbahn dahin. Leider sind zusammenhängende Strecken fast nirgends fertig, aber die Dispositionsmassen sich ändern. Ein hermetisches Festhalten an Plänen, die wirtschaftlich zurzeit nicht mehr möglich sind, ist falsch. Wir sind ärmer, viel ärmer geworden und das müssen auch die städtischen Verkehrsunternehmen Rechnung tragen.

S. H.

Die Ansechtung der Stadtverordnetenwahlen. Bekanntlich haben die Stadtverordneten Benecke und Genossen (D. V.) gegen die Gültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen vom 30. Juni 1920 Einspruch erhoben mit der Begründung, sozialistische Stimmen seien von den Wahlvorständen unbeanstandet für ungültig erklärt worden. Diese Verwaltungsstreitsache liegt jetzt zur Entscheidung dem Bezirksausschuß Berlin vor. Der Bezirksausschuß hat mündlichen Verhandlung ist auf Donnerstag, den 27. Januar, anberaumt worden.

Der Widerstand der Neuköllner Kostendiebe arbeiten gegen die Beschlüsse des Magistrats nimmt immer groteskere Formen an. Nachdem der Magistrat nunmehr die Arbeiter aufgefordert hat, die Kostenbeschlüsse anzuerkennen und noch verbleibenden Restlohn abzuheben, hat die Vertretung der Reststandsarbeiter an den Magistrat folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Verfügung des Groß Berliner Magistrats, ab 9. Dezember 1920 die zunächst zwanzig Arbeitsstunden einzuführen, wurde von der Stadtverordnetenversammlung durch Beschluß vom 30. Dezember aufgehoben. Die Betriebsräte der Notstandsarbeiter sind der Gesamtheit der Arbeiterschaft sehen sich daher gezwungen, dem Willen der Stadtverordnetenversammlung nachzukommen. Durch das Vorgehen des Magistrats, das eine Sabotage des Stadtverordnetenbeschlusses darstellt, hat nun die Ansicht der Arbeiterschaft der Magistrat das Recht verwirkt, irgend welche Handlungen im Notstandsbetrieb vorzunehmen. Solange der Magistrat nicht den Beschluß der Stadtverordnetensitzung durchführen gewillt ist, sehen sich die Betriebsräte als die Vollzieher des Willens der Stadtverordnetenversammlung berechtigt, über den Gang des Betriebes zu bestimmen. Darum erklärt der Betriebsrat die Notstandsarbeitsordnung vom 13. Januar 1921 als nicht zu Recht bestehend und beschließt, den Betrieb in vollem Umfang aufrecht zu erhalten. Im Auftrag des Betriebsrates die Subkommission."

Spät jetzt weiter. Ueber die Vorgänge in dem Betriebsrätevollversammlungen der städtischen Werke ist eine Unterhaltung eingeleitet worden, die noch nicht abgeschlossen worden ist. Fest steht, daß Spät an meisten Streiken verursacht hat, die Arbeiter der städtischen Werke zur Bildung von Aktionsausschüssen zu bewegen. Nach einer Mitteilung von Handelsminister, Kultusminister usw. sei nichts zu erreichen, helfen könne nur eine Aktion, eine Besetzung der Werke und Betriebe, die Uebernahme der Produktion, die Einführung des Räutesystems, die Beseitigung der Direktionen und der jetzigen Betriebsleitungen. Der Arbeiterrat werde keinen Schritt zurückweichen, die Stadtbaurräte würden sich gewissellos der Arbeiterschaft anschließen, denn von dieser seien sie gewählt worden.

Eine kommunistische Massendemonstration ist für den morgigen Sonnabend geplant. Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der kommunistischen Partei veröffentlicht einen Aufruf, in der er die Mitglieder der Partei an diesem Tage, dem Jahrestage des 5. Januar des Jahres 1919 und Rosa Luxemburgs, nachmittags 2 Uhr nach dem Aufgarten zu Massendemonstrationen auf ruft. Auch der geschäftsführende Ausschuß der Berliner Unabhängigen Sozialdemokratie veröffentlichen einen Aufruf und Flugblatt dieses Jahrestages. Der Aufruf sagt jedoch ausdrücklich, daß nicht „in lärmenden Demonstrationen" gerüstet werden soll. Man soll lediglich einen Stundenlohn von den Arbeitern einsammeln, der zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Gefallenen bestimmt ist.

Der Hausbund zur Wohnungsluxussteuer. Der Ortsverband Groß Berlin des Hausbundes hat für nächsten Sonntag, vormittags 10½ Uhr, eine Versammlung im Kaiserhof des Restaurants Rheingold einberufen, in der u. a. Stadtverordneter Radenhorst, Reichstagsabgeordneter Schulz und Rosch über die Wohnungsluxussteuer referieren werden.

Bei einem Zusammenstoß auf dem Anhalter Bahnhof wurden gestern abend in der siebten Stunde mehrere Personen leicht verletzt. Der Führer einer Lokomotive, die ein Personenwagen vom Postbahnhof zu dem in der Bahnhofshalle zur Abfahrt bereitstehenden Personenzug 202 bringen sollte, konnte die Maschine, wahrscheinlich infolge des Versagens der Bremse, nicht rechtzeitig zum Stehen bringen, so daß die Lokomotive und der Postwagen mit ziemlicher Gewalt auf den bereitenden Zug fuhren. Bei dem Zusammenstoß wurde die Querwand des ersten Personenwagens, in dem sich größtenteils Fahrgäste nach Mittenwalde befanden, stark beschädigt. Von den Passagieren, die von ihren Sitzen geschleudert wurden, mußten sich 12 als leicht verletzt. Die Weiterfahrt von ihnen hatten kleine Kontusionen davongetragen. Der beschädigte Wagen wurde sofort ausgeschieden, so daß der Personenzug fahrplanmäßig um 12/06 Uhr abfahren konnte.

Eine bewaffnete Räuberbande, die in der letzten Zeit die westlichen Vororte Spandau, Staaken, Dalgow, Neu Finkenkrug und Seegefeld unsicher machte, ist jetzt von der Spandauer Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Die Räuber, die Arbeiter Tomeitis, Schulz, Schstwald, Lehner und Gutsch führen hinter Schloß und Riegel. Diese fünf hatten sich mit anderen Verbrechern zu Raubzügen zusammengetan. Die Bande suchte am Silvesterabend das Ehepaar Keller in Neu Finkenkrug heim. Tomeitis hatte sich dort einige Tage vorher als Mieter des Wohnungsamts eingeführt und eine Besichtigung der Wohnräume vorgenommen. Als er in Begleitung des Schulz wiedererschien, wurden beide sofort eingelassen. Nach längeren Schimmelverhandlungen gegen beide Räuber ihre Revolver und verlangten Herausgabe des Geldes. Mit der Beute verschwanden sie dann. In Dalgow drang Schulz mit vier Spießgesellen in die Behausung des Bauernguts-besitzers Tasche ein. Als die Frau um Hilfe rief, packten sie diese und warfen sie zu Boden. Dem Manne, der kaum ist und hilflos dasteht, gossen sie eine betäubende Flüssigkeit über den Kopf und bedeckten schließlich sein Gesicht mit einem Tuch. Dann stahlen sie 20 000 ℳ baares Geld, eine goldene Damenuhr und andere Schmuckstücken. Die gestohlenen Schmucksachen übergaben sie der Gattin eines der Täter, bei der sie gefunden wurden. Bei ihrer Vernehmung gestanden die Verbrecher die Ueberfälle ein. Alle Verbrechen wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Drei internationale Pensionsdiebe sind gestern von der hiesigen Kriminalpolizei entlarvt und hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Die Hochstapler und Diebe traten sehr elegant gekleidet auf und suchten nur die vornehmsten Pensionate des Westens Berlins heim. Ein Mitglied der Bande stieg nachmittags in einem Pensionat ab und erbeutete dann noch in Laufe des Abends bei Besuch seiner Freunde. Die Gastrolle, die sie in den Pensionaten gaben, wechselte immer nur eine Nacht. Am anderen Morgen waren sie spurlos verschwunden und mit ihnen alles bewegliche Gut der Pensionsinhaber und auch der Pensionsgäste, soweit sie dieses erreichen konnten. Die Festnahme der Vielgesuchten gelang gestern abend in einem Kino unter den Linden. Bei ihrer Vernehmung wurden sie entlarvt als ein 22 Jahre alter Edmund David aus Gumbinnen, ein 21 Jahre alter aus Warschau gebürtiger Mendel Abraham Mehlmann und ein 21jähriger Rudolf Walter Rolf aus Hamburg. Samtlich und Rolf spielen die „feudalen Kavaliere", während Mehlmann, der bereits 1916 als lästiger Ausländer ausgewiesen wurde, den Diener spielte.

Gefälschte Steuerbanderolen. Eine Geheimdruckerei zur Herstellung unechter Steuerbanderolen war von dem Steindrucker Georg Sorge in Gemeinschaft mit dem Schlosser Karl Heinrich und dem Arbeiter Erwin Gesche in einem Hause in der russischen Kaufmann Georg Krajtnovcz zu diesem Zweck gemieteten Keller eines Hauses in der Kadinerstraße eingerichtet worden. In dem Atelier wurde auch der Schlosser Andreas Klupsch und der Schlosser Hermann Heilebrück herangezogen. Diese trieben Käufer auf und befestigten sie zum Abschluß des Kaufes in ein Schankfokal in der Bellermannstraße. Während der Verkaufsverhandlungen erschien aber die Kriminalpolizei, beschlagnahmte die Banderolen und verhaftete Klupsch und Heilebrück. Die Drucker wurden zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis, die übrigen zu 8 bzw. 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Sport.

Leibesübungen.

Einigungsbestrebungen für Turner und Sportler.

Die nächste Zusammenkunft der Vertreter der Deutschen Turnerschaft und der Deutschen Sportverbände wird auf der für den 29. Januar, nachmittags, im Ministerium des Innern angesetzten Wettkampfausschußsitzung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen erfolgen. Die Tagesordnung der Sitzung dürfte dabei jedoch kaum berührt werden, denn die Tagesordnung für die Sitzung lautet: 1. Entspannungsbericht für Deutsche Turn- und Sportabteilungen, 3. Kampfspiele 1923, 4. Termin der Reichsjugendwettkämpfe 1923, 5. Leibesübungen für Kriegsbeschädigte, 6. Verschiedenes. — Ueber das zukünftige Verhalten der Deutschen Turnerschaft, den einzelnen Sportverbänden gegenüber scheint und der Geschäftsführer der Deutschen Turnerschaft Breitbaupt: „Die Einigungsbestrebungen zwischen der Deutschen Turnerschaft und den Sportverbänden sind für jetzt endgültig gescheitert. Arbeit nach beiden Seiten war das erste, was man versuchte. Kampf ist das zweite, dazu bedürfen wir Waffen die Presse. Gibts nicht ein Drittes? Friedliche Arbeiten nach verschiedener Schablone und Zusammenarbeit in allgemeinen Fragen? Die Deutsche Turnerschaft ist dazu bereit und weist alle ihre Unterschränke, ein, irgendwelche Feindseligkeiten zu vermeiden."

So unerkennenswert es ist, daß die deutsche Turnerschaft bestrebt ist, wenigstens den offenen Kampf zu vermeiden, müssen wir doch an unserer Ueberzeugung festhalten, daß es auf jedem Sondergebiet der Leibesübungen nur eine Meisterschaft geben kann, und daß diese nutzgemäß von denen ausgefochten werden muß, die auf diesem Sondergebiet dank der längsten praktischen Beschäftigung mit dem betreffenden Sportzweig auch die größte Erfahrung besitzen. Das sind nun einmal auf ihren verschiedenen Gebieten der Leibesübungen durch historische Entwicklung die Sportverbände.

Im übrigen halten wir es für den im Interesse des Sports zweckmäßigsten Weg, wenn beide bisher streitenden Parteien, sowohl Turnerschaft wie Sportverbände, sich dem unparteiischen Urteil des hierfür gegebenen Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen unterordnen. Dieser sollte ganz allgemein für den Sport die Ausschreibung der Meisterschaften den Verbänden oder Vereinen übertragen, die auf dem betreffenden Sportgebiet im Vorjahr die ausfassendsten Leistungen erbracht haben.

v. E.-K.

Fortbildungslehrgänge im Reich. In Dresden sind von vorigen Hauptausschuß für Leibesübungen mehrjährige Vorlesungsreihen mit sehr vielem Erfolg und großer Ehrerfolgt eingerichtet worden. Der bekannte Universitätslehrer und Sportmediziner Prof. Dr. Hueppe ist für anatomische und physiologische gewonnen worden, außerdem ist ein Kursus für Sportmassage eingerichtet worden. Ähnliche Einrichtungen können allen größeren Städten nur aufs dringendste empfohlen werden.

Jahresversammlung des Verbandes Deutscher Sportlehrer. Der Verband Deutscher Sportlehrer hält am Sonnabend, den 22. Januar, im Restaurant „Zum Heidelberger" zu Berlin seine zweite Jahresvorsitzungsversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßt: 1. Erinnerungen, 2. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Sonderbeschriebe, 4. Zulassung der Mitglieder, 5. Verschiedenes. — Von den Anträgen interessiert besonders ein solcher des Vorstandes, daß der Jahresstag künftig mit einem „Motivanlaß Sportkongreß" der Praktiker und Wissenschaftler und möglichst mit einer größeren Tagung des Reichsausschusses für Leibesübungen zusammenfallen soll.

Fußball.

Für die Mitteldeutsche Fußballmeisterschaft hat der Spielausschuß des Verbandes mitteldeutscher Ballspielvereine die Termine festgesetzt. Es spielen am 13. März Elbefreis gegen Thüringen in Erfurt; Mittelsachsen gegen Nordwestsachsen in Chemnitz; Westsachsen gegen Ostsachsen (Dresden) in Plauen; am 20. März Mittelsachsen gegen Elbefreis in Chemnitz; Westsachsen gegen Saalekreis in Zwickau; Nordwestsachsen gegen Thüringen in Leipzig; am 3. April Elbefreis gegen Westsachsen in Magdeburg; Saalekreis gegen Nordwestsachsen in Halle; Thüringen gegen Ostsachsen in Jena; am 10. April Saalekreis gegen Thüringen in Halle; Nordwestsachsen gegen Ostsachsen in Leipzig; Westsachsen gegen Mittelsachsen in Plauen; am 17. April Ostsachsen gegen Elbefreis in Dresden; Saalekreis gegen Mittelsachsen in Halle; Westsachsen gegen Thüringen in Gera; am 24. April Elbefreis gegen Saalekreis in Magdeburg; Westsachsen gegen Nordwestsachsen in Zwickau; Ostsachsen gegen Mittelsachsen in Dresden; am 1. Mai Elbefreis gegen Nordwestsachsen in Magdeburg; Saalekreis gegen Ostsachsen in Halle; Mittelsachsen gegen Thüringen in Chemnitz.

Die Spielvereinigung Fürth in Schweden. Eine Weltspielreise durch Schweden soll die Spielvereinigung Fürth im Sommer dieses Jahres unternehmen. Auf der Rückreise werden Gastspiele in Kiel, Hamburg und Altona abspielen.

Rodbollland—Rodbollschland. Das Rückspiel im Fußballkampf zwischen der repräsentativen Mannschaft von Rodbollland und Rodbollschland soll am 5. oder 15. Mai (Pfingsten) in Groningen vor sich gehen. Das erste Treffen der beiden Verbände in Hamburg am 2. Januar gewannen die Holländer mit 3:1. — Mit Südbrandenburg plant der Rodbollschle Fußballverband ein Treffen für den 19. Juni, das in Hamburg vor sich gehen soll.

Jagd.

Patronenlieferung an Jagdhütte. In einer Zuschrift an die „Deutsche Jägerzeitung" wird hervorgehoben, daß auf einer großen Herrschaft sich alle Jagdhütte der Region der sehr gut belegten Jagden mit einem ausreichenden Vorrat an Patronen aus der Patronenkammer des Jagdgebers versorgen und noch beendeter Jagd die übrig gebliebenen Patronen leicht abgeben. Mit Recht wird diese Maßnahme, wenigstens für größere Jagden, zur Nachahmung empfohlen. Bei den heutigen ungeheuren Munitionspreisen wird es der Mehrzahl der waidgerechten Jäger unerschwinglich erscheinen, an einer größeren Jagd teilzunehmen. Der Jagdherr kann diese Ausgabe vom Ertrag der Strecke sehr viel eher auf sich nehmen. Dann wird es jeder, auch der besonders in seinem Interesse liegen, möglichst erfahrene Schützen einzuladen.

Winterport.

Das Halmenkolmenrennen, das klassische Rennen des nordischen Reiches ist von Sonntags Fri-Fri-Sprechtag Fenrens für den 1., 20. und 21. Februar 1921 ausgeschrieben worden. Am Donnerstag, 17. Februar, kommt der Langlauf über 50 Kilometer zum Austrag, am 20. findet der gewöhnliche Langlauf und das Ausscheidungsspringen statt, während der eigentliche Holmenkolmenlauf, der nationale nordische Festtag, wie vorkommlich auf Montag gelegt ist. Ob das Rennen wie in den letzten zwei Jahren nur national oder wieder wie früher international durchgeführt wird, ist noch nicht bekannt.

Die Deutsche Eisbockey-Meisterschaft wird durch den Deutschen Eislaufverband jetzt für den 29. und 30. Januar ausgeschrieben. Die Kämpfe gehen auf dem Platze des Berliner Schlittschuh-Club in Charlottenburg vor sich. Alle Amateurmannschaften des Verbandes können sich an der Meisterschaft, die nach kanadischen Regeln ausgeschrieben wird, mit je drei Spielern und zwei Ersatzleuten beteiligen. Bei vier und mehr Meldungen werden Vor- und Zwischenrunden ausgetragen. Meldeschluß ist am 20. Januar beim Berliner Schlittschuh-Club, Weinmeisterstr. 2.

Personalnachrichten.

Herr Karl Eduard Schünemann, Verleger der „Bremer Nachrichten" hat früher auch der „Weserzeitung", Inhaber der bekannten großen Druckerei und Verlagsbuchhandlung von Karl Schünemann, ist in Bremen im Alter von fast 60 Jahren verschieden.

Der Geheime Finanzrat, Ministerialrat Dr. Volkmann, scheidet demnächst aus seiner Stellung im Preußischen Finanzministerium aus, um in den Dienst des Freistaates Danzig zu treten. Er übernimmt dort die Verwaltung der Finanzen. Seine Wahl zum Senatspräsidenten des Freistaates Danzig ist dem dortigen Volkstag vorgeschlagen.

Röhren in Gas- und Siederohrqualität nahtlos und patentgeschweißt für Gas-, Wasser-, Dampf- und Luftleitungen
Fittings, Armaturen
Röhrenwerk Eisenberg & Schmöger
Abt. H. — Dortmund
Fernruf 879. 5210

Pohlig
Waggonkipper
Krane * Greifer
Drahtseilbahnen
J. Pohlig A.-G. Cöln

Pianos Ph. Link, Berlin N. 4
Klaviermacher
Bergstrasse 25 (Invalidenstrasse).

STOEWER
STOEWER-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT vormals GEBRÜDER STOEWER STETTIN
PERSONEN- UND LASTKRAFTWAGEN ALLER ART FLUGMOTOREN MOTORPFLÜGE
Vertreten in Berlin
für Personen- und Lastkraftwagen: durch Filiale Berlin, Ausstellungs- und Verkaufsräume Berlin NW. 7, Unter den Linden 75/76 (Schultheiss), Fernsprecher Amt Zentrum 11146, Reparaturwerkstätte NW. 7, Reichstagsufer 12, Fernsprecher Amt Zentrum 2841,
für Motorpflüge: Generalvertreter: Maschinenzentrale, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen G. m. b. H., Zweigstelle Berlin SW. 11, Dessauerstr. 1 (Ecke Königgrätzerstr.), Fernsprecher Amt Lützow 4461, 4462. 2846

Maschinen-Lagerhaus Gross-Berlin
Inh.: Gebr. Karohl
Berlin NO., Palisadenstr. 82-83
Fernsprecher: Königstadt 1404, 1406.
Eigene Lagerhäuser:
Berlin-Lichtenberg, Hauptstrasse 12 a. d. Spree mit Wasseranschluß
Palisadenstrasse 82—83 5219
Möllendorff-Str. 20—21
Memeler Strasse 53—54
Central-Viehhof, Eldenaer Str. 35—39 mit Gleisanschluß
40 000 □m Lagerplätze — 20 000 □m Lagerhallen
Lagerung von Gütern, speziell schwerer Maschinen :: Lokomobilen :: Dampfkessel :: Feldbahnmaterial :: Autos :: Hölzer
Transport durch eigene Auto-Lastzüge Abbruch und Verkauf wird sachgemäss übernommen.

Spedition nach Land und Wasser
Lagerhäuser
20 000 □ Meter mit Bahnanschluß und Kranen
Robert Haberling-Berlin W 9

Stempel Kaiser
THEODOR KAISER STEMPELFABRIK
GRAVIER-ANSTALT PRÄMIIERT MEDAILLEN
BERLIN S.W. 68 GEGRÜNDET 1878 TELEFON 3.2.0.5.0.7.5.

DEMAG 5166
Greifer in allen Grössen.
Sofort ab Lager lieferbar.
DUISBURG

Cutaway aus Jed. Ueberrock!
durch erstklassiges Umarbeiten u. Schwarz-Färben sämtlicher Uniformen in . . . . . 8 Tagen
Erstklassige Herren- u. Damen-Schneiderei
Richard Nowotny, Kaunstr. 8, Fried.-Str. Kempicke
Prima engl. Stoffe, Wenden, Umarbeit, Stoffanahme.

Erstklassige
Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, schreibende Additionsmaschinen,
sämtlicher Systeme liefert 5296
Alfons Kricke, Laden Friedrichstr. 191, Tel. 1 8819. Leipzigerstrasse 46, Tel. 1575.

Kisten % Kistenteile
noch 10 Jahre garantiert dicht, wenn nicht länger gebraucht, Fch. Albert Schneidemesser Fernsprecher

Kaufe Gebisse
auch zerbrochen, jede Höhe W. S. — wenn Platinstifte. Edelmetall-Einkaufsstelle Zanlow, a. d. Zeitgasstraße.

Pianos
Flügel, Harmoniums und Kunstspielpianos in jeder Höhe und Preislage, Gelegenheitskäufe
A. Lehmann & Co.
Pianofabrik
Berlin W., Leipzigerstr. 115/116, Berlin-Ost, Gr. Frankfurterstr. 106. Zeitgemäßige Zahlungsbedingungen.

Möbel
Herren-Zimmer, komplett, 4000, 6000, 7000, 9000 bis 30 000 M.
Speise-Zimmer, komplett, 6000, 7000, 8000, 9000, 10 000 bis 18 000 M.
Herrenzimmer, komplett, 4000, 6000, 7000, 9000 bis 30 000 M.
Kostenlos. Katalog 4. Möbelhaus Kaufmann, Berlin, S. Oranienstr. 140.

Verantwortlich: Rudolf Cuno, Berlin. Verantwortliche Redakteure: für Politik: Curt Borkes. Für Kommunalpolitik: O. G. b. Wielenbaum. Für das Feuilleton: Otto Globe. Für den Volksbuntfunk: Dr. Gustav Kadelbach. Für den lokalen Teil: Dr. Rudolf Brost. Für den Sportteil: Fritz b. Tysen-Kreiger. Für den übrigen Teil des Blattes: Dr. Hans Simons. Für den Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Hermann Joachim Schumacher.
Sämtlich in Berlin.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.

DAZ
In Berlin bestellt man die „Deutsche Allgemeine Zeitung" (monatlich 12 Mk. täglich zweimal frei ins Haus)
telephonisch
Nollendorf 5980

Die Zukunft der österreichischen Eisenindustrie.

Unser Wiener Mitarbeiter schreibt uns:

Es ist heute auch schon ausserhalb des engen Bereichs der österreichischen Republik bekannt, dass der der Alpinen Montangesellschaft gehörende Erzberg in Steiermark eines der bedeutsamsten Aktiven der österreichischen Volkswirtschaft darstellt; er gehört zu den reichsten Erzvorkommen, und das Rohers liefert wertvolles Qualitätsprodukt. Logischerweise drängt sich der Gedanke auf, dass der steierische Erzberg sich als ein kräftiger Helfer in der schweren wirtschaftlichen Not, welche Oesterreich heimsucht, erweisen müsste. Diese selbstverständliche, begründete Annahme hat sich bisher nicht erfüllt, die Hochöfen der Alpinen Montangesellschaft sind vielmehr zum Stillstehen verurteilt, denn es mangelt an Kohle und Koks. Bald nach Beendigung des Krieges wurde die Alpine-Aktien Gegenstand einer intensiven Börsenspekulation. Im Auf und Nieder der Bewegung wurde dieses der Kurs von 600 unterschritten; ein Ereignis im weschentlichen Schicksal der Aktie. Da setzten vor nicht ganz zwei Jahren starke Käufe ein, und der Spätsinn der Börse erkannte alsbald trotz dürftiger Geschäftsmitteilung die Bedeutung der Arrangeure des italienischen Ursprung der Käufe. Ein italienisches Konsortium erwarb allmählich Massenpakete von Alpine-Aktien und sicherte sich schliesslich auch die Majorität; inzwischen notieren heute die Aktien mehr als das Zehnfache von 600, über 6000. Dieses Hinaufschnellen des Kurses darf wohl dahin gedeutet werden, dass die Italiener nicht alleinige Käufer waren, dass vielmehr auch anderweitige Interessenten dem Erzberg Aufmerksamkeit zuwendeten. Das sichtlich planmässige Vorgehen des italienischen Konsortiums weckte grosse Hoffnungen für die Zukunft des Betriebs der Alpinen Montangesellschaft; es wurde für sicher erachtet, dass die Italiener es zuwege bringen werden, die Werke mit den erforderlichen Mengen an Kohle und Koks zu versorgen, da sonst die Aktienerwerbung ihnen keinerlei Vorteil brächte. Denn die Dividende ist wahrlich nicht lockend: 10 K = 10% vom Nominale, aber wohl kaum 1% vom Anschaffungskurs im ganzen Durchschnitt. Selbst wenn sich die Gerüchte bestätigen sollten, dass die Dividende auf 60 K = 30% schon für das letzte Jahr sich erhöhen werde, wäre noch immer keine befriedigende Rentabilität zu erreichen. Eine lukrative Anlage bedeutet hierzu die Alpine-Aktie keineswegs, wenn der Nutzen sich nicht anderweitig, etwa in der Hebung der Produktion und der Verwertung der gesteigerten Erzeugung darbieten würde. Der Preistarif des Eisens käme einem derartigen Plane gewiss zustatten. Wenn aber die Hochöfen nicht angeblasen werden können, versagt das grosszügige Projekt. Koks kann nur aus Deutschland oder der Tschecho-Slowakei kommen. Die Alpine Montangesellschaft hat auch mit der Tschecho-Slowakei eine für sie recht drückenden Vertrag abgeschlossen, Roherze nach Böhmen gegen Kohlenlieferungen von dort zu schicken. Die Eisenraffinerien befinden sich nämlich auf tschechischem Gebiet. Und weder in Tschechien noch in Deutschland ist man offenbar geneigt, den Italienern die Entwicklung einer Eisenindustrie mit Hilfe der deutschen Kohle zu ermöglichen und beizutragen, für die eigene Eisenindustrie eine neue Konkurrenz entstehen zu lassen und vielleicht den italienischen Kunden zu verlieren. Die italienische Aktion mit der Alpinen droht sonach zu scheitern. Und wieder ist es der Kurzsang der Aktie in den letzten Wochen, von welchem man neue Kombinationen ableiten will. Die österreichische Eisen verarbeitende Industrie, die steierische inbesondere, ist ausserstande, bei der gegebenen Sachlage die eigenen Erze zu exploitieren, sieht sich vielmehr bemüssigt, Stabeisen, Walzeisen, Bleche usw. aus Deutschland und Tschechien zu beziehen unter schweren Preisbedingungen, welche den Mitbewerb in Fertigprodukten ausschliessen. Hier knüpfen die Gerüchte an, die über eine neue Gruppierung hinsichtlich der Alpinen Montangesellschaft zu erzählen wissen: Man weist auf das Vorland hin, wo man es für zweckmässig erkannte, aus Unternehmungen der Eisenindustrie und reinen Kohlenzechen durch Zusammenschluss gemischte Betriebe zu bilden, und folgert, dass auch die Alpine Montangesellschaft eine ihr rasengemeinschaft will leistungsfähigen Kohlenzechen anstreben müsste. Da solche in Oesterreich nicht vorhanden, müsse man im Ausland suchen; an ehesten käme das rheinisch-westfälische Kohlengebiet in Frage — wird in ernsten Finanzkreisen behauptet. Die Italiener sollen nicht abgeneigt sein, sich von ihrem Aktienbesitz zu trennen, selbstverständlich zu guten Kursen. Und so glaubt man in der neuesten Phase der Alpinen-Hausse Anzeichen einer sich vorbereitenden Wandlung in der Herrschaft über das Unternehmen erblicken zu können. Die italienische Majorität soll angeblich, durch eine andere ersetzt werden.

Reichsbank.

(7. Januar)

sämtliche Zahlen in 1000 ℳ

	7. Jan. 21.	31. Dez. 20.	7. Jan. 20.
Metallbestand	1 058 083	1 057 469	1 109 317
davon Gold	1 091 634	1 091 636	1 088 917
Reichs- und Darlehnskassenscheine	21 587 000	23 416 674	11 004 550
Noten anderer Banken	1 924	1 624	2 838
Wechsel, Schecks u. diskontierte Schatzanweisungen	58 436 460	60 684 023	35 504 293
Lombardforderungen	6 575	4 438	5 232
Effekten	179 679	185 590	172 636
Sonstige Aktiva	8 921 858	9 728 125	2 354 536
Grundkapital	180 000	180 000	180 000
Reservefonds	104 258	104 256	99 410
Umlaufende Noten	67 976 386	68 805 003	35 632 995
Sonstige tägl. fällige Verbindlichkeiten	12 509 643	12 287 114	10 786 829
Sonstige Passiva	3 524 247	3 649 503	3 454 559

*

Entspannung nach Jahresschluss.

Der vorliegende Ausweis der Reichsbank vom 7. Januar zeigt, dass grosse Summen, die in der letzten Dezemberwoche dem Konto der fremden Gelder zugeführt worden waren, nach Erledigung der Ultimoregulierungen wieder Anlage in Schatzanweisungen diskontierten. Auf den Anlagekonten trat eine die Zunahme der Vorwoche noch übersteigende erhebliche Erleichterung ein, und zwar ermässigte sich die gesamte Kapitalanlage um 8193,3 Mill. Mark auf 82 692,2 Mill. Mark und die bankmässige Deckung für sich allein genommen um 8137,6 Mill. Mark auf 52 496,5 Mill. Mark. Die Beständze an Fremden Geldern gingen um 9817,5 Mill. Mark auf 12 509,6 Mill. Mark zurück. Nach dem ausserordentlich starken Anschwellen des Zahlungsmittelumlaufs in den letzten Dezemberwochen traten in der Berichtswoche bemerkenswerte Rückflüsse ein. Der Bankennotenumlauf nahm um 828,6 Mill. Mark auf 67 976,4 Mill. Mark, der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 196,7 Mill. Mark auf 11 896,6 Mill. Mark ab. Bei den Darlehnskassen verminderte sich die Summe der ausstehenden Darlehen um 2027,4 Mill. Mark auf 38 496,7 Mill. Mark.

Deutsche Volkswirtschaft.

„Freiheitsbend." Die Handelskammer zu Berlin bringt in dem Dezemberheft der „Mitteilungen" eine systematische Zusammenstellung ihrer Gutachter über den Vorbehalt „freiheitsbend", die mit Rücksicht auf die grosse Bedeutung dieser Klausel für ständischen und internationalen Handelsverkehr wird zum Teil der aus ihr entstandenen Rechtsstreitigkeiten besonderes Interesse verleihen. Die Verfügung unterscheidet zwischen der Aufnahme des Vorbehalts „freiheitsbend" in Angebote und Kaufvertägen; bei letzteren wird wieder ein Unterschied gemacht, je nachdem es sich um die Zeit der Lieferung, die Art und Menge der zu liefernden Waren und den vereinbarten Preis handelt. Nach den bisherigen Gepflogenheiten des Handelsverkehrs wird festgestellt, dass die Klausel „freibleibend" regelmässig ein einseitiges Recht des Verkäufers bzw. eine einseitige Bindung des Käufers darstellt und als solche einen wesentlichen Bestandteil des Vertrages bildet, mit welchem sich der Abnehmer stillschweigend oder ausdrücklich einverstanden erklärt hat. Bemerkenswert ist ferner die Behandlung der Fragen, welche Bedeutung der „liefern möglichst vorbehalten" zukommt und wann „freibleibend" bei sinkender Konjunktur gegebenenfalls den Verkäufer auch zu einer Herabsetzung der vereinbarten Preise verpflichten kann. Sonderabdrücke der Veröffentlichung können vom Bureau der Handelskammer, Dorotheenstr. 8, Zimmer 7, bezogen werden.

Die Sicherung von Rohstoffkrediten. In einer Reichstagsanfrage des Abgeordneten Schiffer heisst es: In deutschen Wirtschaftsfachkreisen herrscht gesteigerte Bestimmungen darüber gewinscht, dass der Kreditgeber das Eigentum oder das Pfandrecht an dem von ihm gelieferten Rohstoff auch während der Verarbeitung bis zur Wiedervreäusserung des Fertigfabrikats behalten kann. Man glaubt eine Ausfuhrförderung, insbesondere eine Förderung des Veredelungsverkehrs, durch Aenderung des § 950 B. G. B. oder durch Einführung der Mobiliarhypothek erzielen zu können, damit den Gebern von Valutakrediten in erleichterter Form durch die Ware während der Verarbeitung genügende Sicherheiten gewährt werden. Bereits die Reichsregierung entsprechende Gesetzesvorschriften vor?

Verdrängung des deutschen Versicherungsunternehmens aus der Tschecho-Slowakei. Für die deutschen Versicherungsgesellschaften wichtig ist eine Regierungsverordnung, die kürzlich dem verfassungsrechtlichen Ausschusse des Senats der Tschecho-Slowakei zur Genehmigung vorgelegen hat. Sie bezeht die Genehmigung der Versicherungen ausländischer Anstalten durch eine heimische Institute. In der Debatte wurde von deutscher Seite darauf hingewiesen, dass durch diese Verordnung die Vertragsrechte der Versicherten, die ihnen bei den ausländischen Versicherungsgesellschaften eingeräumt waren, nicht hinreichend gesichtet werden können. Die Regierungsverordnung wurde genehmigt, doch wurde gleichzeitig eine Entschliessung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, bei der Ueberführung dieser Versicherungen die Interessen aller Versicherten im Sinne des Wunsches der Deutschen wahrzunehmen.

Zusammenschluss in der Edelmetallindustrie. Wie wir hören, hat sich eine Anzahl von Fabriken des Hanauer und benachbarten Bezirks zu einer gemeinsamen Exportorganisation unter der Firma Export-Aktiengesellschaft Deutscher Juwelen- und Edelmetallwarenfabriken zusammengeschlossen. Die Vereinigung, die zunächst mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark gegründet worden ist, bezweckt den Vertrieb der von deutschen Juwelen, Gold- und Silberwarenfabriken hergestellten Erzeugnisse sowie von Uhren, Uhrmacher- und Goldarbeiterwerkzeugen, von echten und unechten Bijouterien usw., ferner die Einfuhr von ausländischen Rohstoffen, Halbfabrikaten und Edelsteinen zur Fabrikation der vorgenannten Hanauer Artikel. Weiter ist als Zweck der Gründung, die ihren Sitz in Frankfurt am Main hat, die Fabrikation von Artikeln der erwähnten Art und deren Export vorgesehen.

Verbandsbildung in der rheinischen Schwemmsteinindustrie. Nachdem das seit vielen Jahren bestehende Schwemmsteinsyndikat mit Jahresschluss 1920 zur Auflösung gelangte, hat sich ein erheblicher Teil der Werke zu einem neuen Verband unter der Firma Vereinigte Bimsbaustoffwerke G. m. b. H. mit dem Sitze in Neuwied am Rhein zu einer neuen Vereinigung zusammengeschlossen. Sie hat ihre Tätigkeit mit Beginn des Jahres 1921 aufgenommen. Der Verbandsvertrag wurde für die Dauer von zehn Jahren geschlossen; sofern der Vertrag nicht mindestens ein Jahr vor Ablauf des jeweiligen Vertragsjahres gekündigt wird, läuft der Vertrag automatisch um weitere fünf Jahre weiter. Die Lage der Schwemmsteinindustrie ist im Hinblick auf die schwierige Lage am Baumarkt nicht günstig.

Ausländische Volkswirtschaft.

Das Sinken der englischen Kohlenpreise, eine Folge der in England ausgebrochenen Wirtschaftskrise, übt seine Wirkung prompt auf die englischen Absatzmärkte für Kohle aus. In Dänemark sind die Kohlenpreise rund um die Hälfte gesunken, Schweden folgt nach. Wie nämlich „Gotenborg Handelstidnig" meldet, sind die Kohlenpreise nach der Freigabe der englischen Kohlenausfuhr von 75 sh pro Tonne auf 50 sh zurückgegangen.

Der Rückgang der englischen Kohlenausfuhr. Im November 1920 betrug die englische Ausfuhr von Kohlen, Koke usw. nur 1,548 Millionen Tonnen gegen rund 3 Millionen Tonnen im November 1919 und gegen 6,2 Millionen Tonnen im November 1913. Dieser aussserordentliche Rückgang ist zu einem Teil begründet in der Weltwirtschaftskrisis, dem geringen Frachtgeschäft, vor allem aber in der immer weiter abnehmenden Kohlenausfuhr nach Frankreich, das die billige Spa ackohle der englischen vorzieht. Daher erwecken die neuen, unsinnigen Forderungen Frankreichs auf Erhöhung der deutschen Kohlenlieferungen in England wenig freundliche Gefühle.

Aufhebung schwedischer Ausfuhrverbote. Die schwedische Regierung hat vom 15. Januar ab die Ausfuhrverbote für Kautschuk, Gummiwaren, gewisse Oele sowie für Gold, Platina und Radiumsalze aufgehoben.

Liquidation der Oesterreichisch-Ungarischen Bank. Die Konferenz über die Liquidation der Oesterreichisch-Ungarischen Bank wurde gestern vormittag im Beisein eines Vertreters der Alliiertenkommission sowie der österreichischen Aktionäre eröffnet und nach kurzem Meinungsaustausch bis zum 15. Januar vertagt, um allen Parteien Gelegenheit zur Aussprache zu bieten und es ihnen zu ermöglichen, konkrete Vorschläge zu machen.

Aktiengesellschaften.

Deutsche Bank. Das Bezugsrecht auf die jungen Aktien wird am 20., 21. und 22. ds. Mts. an der hiesigen Börse notiert werden.

Akt.-Ges. H. F. Eckert, Berlin-Lichtenberg. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 % fest. Ueber das laufende Jahr berichtete die Verwaltung, dass die Belebung des Geschäfts anhalte. Die Gesellschaft kann bei den vorliegenden Aufträgeabend den Betrieb wieder in der tarifmässig vorgesehenen Arbeitszeit durchhalten, sofern sie mit Brennstoffen genügend versorgt bleibt. Die Zahl der Arbeiter ist im Steigen begriffen. Die meisten der vorliegenden Aufträge beschäftigen die Gesellschaft für die nächsten zwei bis drei Monate, da die Kundschaft feste Preise verlangt, sie aber bei den jetzigen unklaren Arbeiter- und Marktverhältnissen auf längere Lieferfrist nicht gegeben werden können. Eine gewisse Hoffnung der politischen Fragen Stabilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Möglichkeit, Material auf längere Zeit zu verbilligten Preisen zu kaufen, sowie eine gute Ernte seien für die Entwicklung des Geschäfts von ausschlaggebender Bedeutung. Aladann sei auch auf ein günstiges Ergebnis zu rechnen.

Bank für Handel und Industrie. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der nächsten Generalversammlung die Zuwahl des bisherigen Vorstandsmitgliedes der Filiale Breslau Otto Schweizer, der sich mit Ablauf dieses Monats in das Privatleben zurückzieht, in den Aufsichtsrat vorzuschlagen. An Stelle Schweizers wird der bisherige Leiter der Filiale Köln, Adolf Meseker, in den Vorstand der Filiale Breslau eintreten.

„Eintracht", Braunkohlenwerke und Brikettfabriken Akt.-Ges. Neu-Weisser N.-L. Die Gesellschaft beruft eine Generalversammlung zur Beschlussfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals um 20 000 000 ℳ und Ausgabe einer 4½ % Schuldverschreibungsanleihe Höhe von 20 000 000 ℳ. Die neuen Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis 1:1 zum Kurs von 115 % zum Bezug angeboten werden.

Vereinigte Freiburger Uhrenfabriken Akt.-Ges. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 14 % (8) fest und genehmigte die Kapitalserhöhung um 7 Millionen Mark. Die neuen Aktien werden den Aktionären im Verhältnis 1 : 1 mit 132 angeboten.

Die Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft in Berlin überliess, zunächst nachbesser, ihr Elektrizitätswerk Bitterfeld dem Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A.-G. in Halle.

Kurszettel vom 14. Januar 1921

Umrechnungssätze: 1 Lei = 50,40 M., 1 Dollar = 20 M., 1 Rbl. = 10,40 M., 1 Gulden (holl. Gldr.) = 8,20 M., 1 Schweizerfrank Kred. = 3,66 M., 7 Tschech. Kronen = 2 M., 1 fl. österr. Währ. = 1 M. Silber = 1,70 M., 1 österr. Gulden (Papier) = 1,70 M.

Amtliche Wechselkurse

Bank	Devisen	14. 1. Geld	14. 1. Brief	13. 1. Geld	13. 1. Brief
4½	Amsterdam . Gulden	2235a	2239a	2238a	2242a
4½	Belgien . . . Frank	1450	1454	1445	1449
7	Christiania . Kr.	1173a	1176a	1191a	1193a
4½	Kopenhagen . Kr.	1172a	1176a	1173a	1175a
7½	Stockholm . . Kr.	1455a	1459a	1491a	1494a
5	Helsingfors Fin. M.	1429a	1432a	1412a	1415a
5	Italien . . . Lire	236 75	239 25	240 75	241 25
4	London . . . Pfd.	252 25	253 50	259 25	260 50
7	Konstantin. . Pfd.	251 60a	67 90a	63 65	69 85
4	Paris . . . Frank	414 25	415 40	423 75	425 25
5	Schweiz . . Frk.	1071a	1073a	1088a	1091a
5	Spanien . . Pes.	914 25	915 25	922 25	923 25
5	Wien alt . . Kr.	—	—	—	—
5	Prag . . . Tschechoslow. Kr.	172 25	173 61	173 56	174 62
5	Budapest . . Kr.	61 45	61 65	61 75	61 95
		11 65a	11 69a	12 08	12 12

Laufende Kassa-Notierungen nach amtl. Feststellung

60,75–Amsterdam	Pfandbriefe	459–46,55	
3½% . . . 90,80–60,75	Bundesanleihe	320–31,06	
2% . . . 67,75–47,25	Bundesanleihe	365–62,48	
4% Pr. Schatz 100,—	Pfal. Eisenbahn	—	
3½% . . . 36,50–36			
3% . . . 23,25–23,07	A. O. T. Anilin	353	
	Bad. Anilin	267,50–49	
Berl. Handels	360	Chem. Fabrik	347–45
Com. u. Priv.	226	Deutsch. Erdöl	402–42
Pressb. Verein	190	Elektr. Licht	322–20
Disch. Bank	277	Farben	437
Discont.-Ges.	323	Gas	275
Dresd. Bank	278,50	Gelsenkirchen	250
Mitteldeutsch	180	Hanf	270
Nat.-Bank f. D.	204,50	Hoch- u. Tief	320
Reichsbank	330	Kali	1000
da. Südbahn	—	Kunstseide	350
Brem. Vulkan	200	Lahmeyer	320
Canad. Cert.	—	Leonhard	320
Chemnitzer	—	Lokomotiven	300
Schautungk	577–75	Lux. Gas	300
Prem. Kredit	61,50	Mannesmann	320
Türk. Tabak	160	Mix u. Genest	300
Arg. Tramb.	145	Neckarsulm	300
Hyp. Paket	166–25	Rheinmetall	336–13
Hansa . . .	341–37	Rütgers	300
Nordd. Lloyd	290,50–97	Disch. Kali	410
		Gal. Alexander	425,50
Bismarckhütte	692	Westeg. Alb.	380
Beck. Gladbach	311–13	Neue Guinea	150
Dt. Lazarus	370–69	Ostafrikaner	545–47
Eisen. Berg	245–47	Phönix	347
Harpener	330	da. Genuß.	630
Hohenlohe	182		
Ilseder	315		
Kattowitzer	300		
Marienhütte	241–43		
Oberschl. H.	246–45		
Oberschl. E.	305,50–54		

Einheitskurse

Deutsche Anleihen		
Reichsschatz . .	4	84,25
do 14 Jul. 1920	4½	89,60
do Agrar . . .	4½	89,60
do Jul. 1924	4½	89,60
do	4	75,75
do	4	66,40
do	4	61,90
do	4	57,20
Reichspost . . .	3	57,20
Schutzgebiet . .	3	57,20
Sparprämien . .	4	57,20
Pr. St.-Sch. . .	3	57,20
do 1. 2. 32 . .	3	57,20
do 1. 11. 32 . .	3	57,20
do aus. 1914 . .	3	57,20
Preuß. Konsols .	4	57,20
do do Stall. A.	3½	56,50
do do	3	57,20
Bad. Staat . . .	4	57,20
Bay. Staat . . .	4	57,20
Sächs. Rent. . .	4	57,20
Braun. Staat . .	4	57,20
Hamburg Staat .	4	57,20
do 06, 09, 11 .	4	57,20
Hamburg Anl. .	3	57,20
do 4. 11. A. 31	4½	58,10
Hessen	4	57,20
Oldenburg . . .	4	57,20
Sachsen Staat .	4	57,20
do Stadt. A.	3½	56,50
do	3	57,20
Sachsen	4	57,20
Sachsen Rente .	4	57,20
Sachsen Anl. . .	4	57,20
Schaumburg . .	4	57,20
Schwarzburg . .	4	57,20
Sondershausen .	4	57,20
Waldeck	4	57,20
Württ. Staat . .	4	57,20
Württ. Anl. . .	4	57,20
Bremen	4	57,20
Lübeck	4	57,20
Mecklenburg . .	4	57,20
Meckl.-Strelitz .	4	57,20
Oldenburg . . .	4	57,20
Anhalt	4	57,20
Braunschweig .	4	57,20
Gotha	4	57,20
Reuß j. L. . . .	4	57,20
Schaumburg . .	4	57,20
Schwarzburg . .	4	57,20
Waldeck	4	57,20
Württ. Anl. . .	4	57,20
Bremen	4	57,20
Lübeck	4	57,20
Mecklenburg . .	4	57,20
Meckl.-Strelitz .	4	57,20
Oldenburg . . .	4	57,20
Anhalt	4	57,20
Braunschweig .	4	57,20
Gotha	4	57,20
Reuß j. L. . . .	4	57,20
Schaumburg . .	4	57,20
Schwarzburg . .	4	57,20
Waldeck	4	57,20
Württ. Anl. . .	4	57,20

Stadtanleihen		
Altona	4	73,50
Berlin	4	82,25
do	4	82,25
do	4	82,25
Bromberg	4	57,20
Charlottenbg. .	4	57,20
do	4	57,20
Cöln 08	4	57,20
do 11	4	57,20
do 13	4	57,20
Crefeld	4	57,20
Danzig	4	57,20
Dortmund . . .	4	57,20
Dresden	4	57,20
Düsseldorf . . .	4	57,20
Flensburg . . .	4	57,20
Frankfurt a. M.	4	57,20
do	4	57,20
Hannover . . .	4	57,20
Karlsruhe . . .	4	57,20
Kassel	4	57,20
Magdeburg . .	4	57,20
Mannheim . . .	4	57,20
München . . .	4	57,20
Nürnberg . . .	4	57,20
Posen	4	57,20
Schöneberg . .	4	57,20
Stettin	4	57,20
Wiesbaden . . .	4	57,20
Wilmersd. 12 .	4	57,20

Preußische Pfandbriefe		
Brl. Pfandb. A.	4	57,20
do neue . .	4½	57,20
do Stadt . .	4½	57,20
Brdb. Pfdbr.	4	57,20
Pos. Ritt. . .	4	57,20
do Comm. .	4	57,20
Schles. Cons.	4	57,20
Ostpreuß. . .	4½	57,20
do	4	57,20
Pommersche .	4	100 70
do	4	57,20
Sächs. neue .	4	99,00
Schles. neue .	4	99,00
Schles. r. R.	4	104,00
Westfälische .	4	57,20
Westpr. neuld.	4	57,20
Pr. Kom. Anl.	4½	57,20
Pr. Bertin . .	4	94,75
Pomm. Gtrs. .	4	94,75

Kleinbahn-Obligat.		
Gl. Kleinb. Wm	4	73,75
Allg. D. Kleinb.	4	73,75
Kl. Iron. n. Bri	4	73,75
do. do. ok. 21	4½	57,20
Gr. Berl. Strb.	4½	57,20
Gr. Berl. Strb.	4½	84,25
do. 1911 . . .	4	57,20

Industrie-Obligat.		
A. E. G. . . .	4½	101,50
do. 6-13 . .	4½	101,50
do. 14-15 . .	4½	101,50
Bergmann . .	4½	101,50
Bergr. St.-W.	4½	101,50
do.	4½	101,50
Bremen Besigh.	4½	101,50
do. Liefrg. .	5	100,50
Conti Gummi	4½	101,50
do.	4½	101,50
Dt. Erdöl . .	4½	101,50
Dt. Gold- u. S.	4½	101,50
Elektr. Licht .	4½	101,50
Felten & Guill.	4½	101,50
Gesfürel . . .	4½	101,50
Gutehoffnung .	4½	101,50
Hansa Lloyd .	4½	101,50
Hoch- u. Tief .	4½	101,50
Kali	4½	101,50
Kunstseide . .	4½	101,50
Lahmeyer . .	4½	101,50
Leonhard . . .	4½	101,50
Lokomotiven .	4½	101,50
Lux. Gas . . .	4½	101,50
Mannesmann .	4½	101,50
Mix u. Genest .	4½	101,50
Neckarsulm . .	4½	101,50
Rheinmetall . .	4½	101,50
Rütgers	4½	101,50
Siemens	4½	101,50
Stoewer	4½	101,50
Tarnowitzer . .	4½	101,50
Thüringer Gas .	4½	101,50
Voigt & Haeffner	4½	101,50
Westeg. Alb. .	4½	101,50
Zellstoff Waldh.	4½	101,50

Ausländische Anleihen		
Amsterdam . .	4	57,20
Belgien	4	57,20
Christiania . .	4	57,20
Kopenhagen . .	4	57,20
Stockholm . . .	4	57,20
Italien	4	57,20
London	4	57,20
Konstantin. . .	4	57,20
Paris	4	57,20
Schweiz	4	57,20
Spanien	4	57,20
Wien	4	57,20
Budapest . . .	4	57,20
Prag	4	57,20
Bulgarien . . .	4	57,20
Rumänien . . .	4	57,20
Serbien	4	57,20
Türkische . . .	4	57,20
Argentinier . .	4	57,20
Brasilianer . .	4	57,20
Chilenen . . .	4	57,20
Japaner . . .	4	57,20
Mexikaner . .	4	57,20
Peruaner . . .	4	57,20
Russen	4	57,20
Schweden . . .	4	57,20
Schweizer . . .	4	57,20
Spanier	4	57,20
Türken	4	57,20
Ungarn	4	57,20
Amerikaner . .	4	57,20
Australier . .	4	57,20
Deutsch-Luxemb.	4	57,20
Mannesmann .	4	57,20
Rheinische Braunkohlen . .	4	57,20
Rombacher . .	4	57,20
Rottweiler . .	4	57,20
Westeregeln . .	4	57,20

Industrie-Papiere		
Aachen Lester	40	—
Accum.-Pab.	17	610 00
Adl. Portl.	20	440 00
Adlerwerke	20	440 00
A.-G. f. Verkehr	20	333 75
Ad. Lederfabr.	20	333 75
A. Baumwoll	20	333 75
Aschaffenb. Z.	20	333 75
A. Teppich	20	333 75
Bad. Anilin	20	347 50
Bad. Maschin.	20	347 50
Bamberger M.	20	347 50
Berl. Kraftw.	20	347 50
Bing, Nürnb.	20	347 50
Brauerei Bindg.	20	347 50
Brem. Wollkä.	20	347 50
Brem. Vulkan	20	347 50
Brown, Boveri	20	347 50
Buderus Eisen.	20	347 50
Bürgerbräu	20	347 50
Calmon Asbest	20	347 50
Carlsruher M.	20	347 50
Cellulose Waldh.	20	347 50
Chemnitzer S.	20	347 50
Contin. Linoleum	20	347 50
Cramer Klett	20	347 50
Daimler Mot.	20	347 50
Dessauer Gas	20	347 50
Dt. Linoleum	20	347 50
Dt. Steinzeug	20	347 50
Dt. Erdöl	20	347 50
Dt. Gold- u. S.	20	347 50
Dt. Kabelwerke	20	347 50
Dt. Telephon.	20	347 50
Dt. Waffen	20	347 50
Dt. Wollkämm.	20	347 50
Dürkopp Fahrr.	20	347 50
Dynamit Nobel	20	347 50
Eisenbahnwerk	20	347 50
Elektr. Licht	20	347 50
Elektr. Lieferg.	20	347 50
Elektr. Werke	20	347 50
Elektr. Zeitz	20	347 50
Elektr. Liegnitz	20	347 50
Emaillierwerk	20	347 50
Enka Kunstseide	20	347 50
Erdmannsdorf	20	347 50
Erlanger Portl.	20	347 50
Eschweiler Bergw.	20	347 50
Felten & Guill.	20	347 50
Fränkische Sch.	20	347 50
Frankenthaler	20	347 50
Fr. Gas	20	347 50
Fr. Kunstseide	20	347 50
Fr. Maschinen	20	347 50
Fr. Mannesmann	20	347 50
Fr. Spinnerei	20	347 50
Fr. Zucker . .	20	347 50
Gebr. Adler . .	20	347 50
Gebr. Bing . .	20	347 50
Gebr. Fahr . .	20	347 50
Gebr. Junghans	20	347 50
Gebr. Kayser .	20	347 50
Gebr. Stollwerck	20	347 50
Gelsenkirch. B.	20	347 50
Gesfürel . . .	20	347 50
Gg. Marcus . .	20	347 50
Gg. Schlesinger	20	347 50
Gg. Ullstein .	20	347 50
Gg. Vorwerk .	20	347 50
Gg. Vorwerk II	20	347 50
Gg. Wasserw.	20	347 50
Gg. Zimmerm.	20	347 50
Gg. Fleischhl.	20	347 50
Gg. Kunstseide	20	347 50
Gg. Lahmeyer	20	347 50
Gg. Kunstseide	20	347 50
Gg. Lahmeyer	20	347 50
Gg. Kunstseide	20	347 50
Gg. Lahmeyer	20	347 50
Gg. Kunstseide